

RONALD LÖTZSCH

## Die »Rechtschreibreform« und ihre »utopische« Alternative

### *Vorbemerkung*

Seit einem Jahr etwa, verstärkt im Sommerloch 97, ist insbesondere in den deutschsprachigen Medien, aber auch in wissenschaftlichen, wissenschaftsnahen und politischen Kreisen und Gremien ein heftiger Streit um gewisse Änderungen der deutschen Rechtschreibung im Gange, die von einer gemeinsamen Expertenkommission aller drei Staaten, in denen Deutsch die dominierende offizielle Sprache ist, ausgearbeitet wurden. Eine entsprechende »Vorlage für die amtliche Regelung«<sup>1</sup>, enthaltend »Regeln und Wörterverzeichnis«, wurde unter dem Datum des 24. Mai 1995 den zuständig gemachten Politikern zur Bestätigung übergeben. In Deutschland ist dies die Kultusministerkonferenz (KMK). Von dieser wurde die »Vorlage« nach einigem Hin und Her nicht nur genehmigt, sondern auch, ohne daß eine breitere Öffentlichkeit überhaupt Gelegenheit gehabt hätte, sich mit dem Inhalt bekannt zu machen, umgehend als Unterrichtsgrundlage in den Schulen eingeführt.

Bei der kurz darauf entbrannten öffentlichen Kontroverse um die »Rechtschreibreform«<sup>2</sup>, soweit sie von einem einzelnen in den Medien überhaupt einigermaßen verfolgt werden kann, fällt auf, daß der Aspekt des völlig verfehlten Ansatzes allenfalls am Rande gestreift wird. Die Beantwortung dieser Frage soll den hauptsächlichen Inhalt der folgenden Überlegungen bilden, wobei die Interpunktion grundsätzlich ausgeklammert bleiben wird.

### *Worum es eigentlich geht im Rechtschreibstreit*

Am Anfang sollen zwei Zitate stehen, in denen der Kern der Frage auf den Punkt gebracht wird. Im ersten geschieht dies mehr aus publizistischer Sicht, im zweiten vom Standpunkt des Sprachwissenschaftlers.

Dieter E. Zimmer hat den Streit in *Die Zeit* vom 2. Dezember 1994, also fast zwei Jahre vor dem Beginn der eigentlichen Kontroverse, folgendermaßen charakterisiert: »Die deutsche Orthographie ist kein hehres Kulturgut, an dem jahrhundertlang die größten Genien dieser Sprache gewirkt hätten und nun von ein paar subalternen Besserwissern verschandelt würde. Sie ist eine bloße kompromißlerische Konvention, zur Jahrhundertwende von ein paar Pädagogen ersonnen und seitdem von der Redaktion eines Buchverlages in eigenem Ermessen verwaltet, fortgeführt, ergänzt. Wir hängen an unserer Orthographie nicht, weil sie so besonders wert-

Ronald Löttsch – Jg. 1931, Prof. Dr., Sprachwissenschaftler (Arbeiten vor allem zu Sprachtypologie und Kontaktlinguistik), Minderheitenforscher (Sorabist), Berlin.

1 Im weiteren mit »Vorlage« bezeichnet.

2 Da die von der Politik ursprünglich angestrebte bzw. konzedierte, nunmehr gerichtlich angefochtene Neuregelung einiger Aspekte der Schreibung des Hochdeutschen allgemein als »Reform« der deutschen Rechtschreibung bezeichnet wird, diesem Anspruch jedoch, wie noch darzulegen ist, in keiner Weise gerecht wird, werde ich dieses Wort, von ihm abgeleitete Wörter und mit ihm gebildete Zusammensetzungen, soweit sie sich auf dieses Surrogat beziehen, grundsätzlich in Anführungszeichen setzen.

voll wäre, sondern nur, weil wir zufällig sie und keine andere verinnerlicht haben. Die edle, weil gewachsene Unlogik deutschen Schreibens wurde damals nicht angetastet; sie wird die kommende Reform ebenfalls überstehen... Aus der Sicht der meisten Sprachwissenschaftler und sonstiger zu systematischem Denken neigender Menschen verdient die übriggebliebene Reform daher den Namen nicht.«

Ein knappes Jahr später, also fast ein Jahr, bevor der Weilheimer Deutschlehrer Friedrich Denk mit seiner »Frankfurter Erklärung« den Proteststurm gegen die von ihm als »Terror durch Orthographie« charakterisierte »Vorlage« vom 24. Mai 1995 entfachte, wies der Berliner Linguist Wolfgang Ulrich Wurzel, Verfasser eines bemerkenswerten Buches über Konrad Duden's Leben und Anliegen<sup>3</sup>, unter der Überschrift »Zweifelhafte Vereinfachung der Rechtschreibung – Chance vertan« im *Neuen Deutschland* vom 3. November 1995 auf den prinzipiellen Unterschied zwischen Sprache und Rechtschreibung hin. Dort ist zu lesen: »Wenn man nachvollziehen will, was eine Rechtschreibreform bedeutet und was nicht, so ist es zunächst einmal notwendig, zwischen der Sprache selbst und ihrer schriftlichen Wiedergabe, d.h. ihrer Orthographie, zu unterscheiden. So kann es bessere und schlechtere Orthographien geben (wenn dem nicht so wäre, brauchten wir keine Reform!), aber bessere und schlechtere Sprachen gibt es nicht. Eine Veränderung der Rechtschreibung bedeutet damit keinen unzulässigen Eingriff in die Sprache, wie es von Gegnern jeder Rechtschreibreform immer behauptet wird.«

In der gegenwärtigen Kontroverse um gewisse Neuregelungen in der deutschen Rechtschreibung ist oft von irgendwelchen früheren »Reformen« die Rede. So schrieb z.B. *Neues Deutschland* am 6. März 1996 in einem namentlich nicht gezeichneten Beitrag anlässlich des Endes der Einspruchsfrist der Länder: »So behält der Thron erneut sein ›h‹. 1901 – bei der letzten Reform – als man Thür und Thor das ›h‹ nahm, war der Kaiser dagegen. Diesmal sträubten sich die Landesfürsten.« Im *ND* vom 6. August 1996 behauptet der Berliner Germanist Hendrik Lasch gar, seit 1901 hätte »jede Dekade ihren ernstzunehmenden Reformversuch« gehabt. Und am 24. März 1997 war in der gleichen Zeitung über die Ergebnisse der Berliner »Orthographischen Konferenz« von 1901 in einer Leserzuschrift zu lesen: »Was damals ... festgelegt wurde, war eine echte Reform. Die heutigen Veränderungen verdienen das Wort nicht. Man spitzt den Mund, aber pfeift nicht.«

Um es gleich vorwegzunehmen: Eine echte Reform hat es entgegen solchen Behauptungen in der Entwicklung der deutschen Orthographie noch nie gegeben. Die jetzt so leidenschaftlich diskutierten Neuerungen wären, so sie denn eine Reform wären, die erste überhaupt.

Der Spiritus rector der Orthographiebewegung, der gebildete Sprachwissenschaftler, erfahrene Deutschlehrer und verdiente Gymnasialdirektor Dr. Konrad Duden, hatte zwar bereits 1876 auf der 1. Orthographischen Konferenz zusammen mit anderen namhaften Germanisten, in erster Linie mit dem Erlanger Professor Rudolf von Raumer, der einen Reformentwurf ausgearbeitet hatte,

3 Konrad Duden:  
Leipzig 1979; 2. Auflage 1980:  
VEB Bibliographisches  
Institut.

Allen, die sich für orthographische Probleme ernsthaft interessieren und sich an der derzeitigen Kontroverse beteiligen, ist dieses Büchlein, insbesondere die Kapitel *Der Rechtschreibreformer* (S. 49-78) sowie *Der »Duden« und die deutsche Rechtschreibung* (S. 102-114) wärmstens zu empfehlen.

Nützen könnte seine Lektüre natürlich auch Hans Magnus Enzensberger, der sich in einem *Spiegel*-Interview (42/1996, S. 266) in seinem verständlichen Frust über die »Reform« zu der in diesem Punkt mangelnde Sachkenntnis verratenden Äußerung hinreißen ließ: »Wer ist überhaupt dieser Herr Konrad Duden? Irgend ein Sesselfurzer!«

außer der Vereinheitlichung auch die gleichzeitige Vereinfachung der deutschen Rechtschreibung angestrebt. So sollte das »Dehnungs-h« wenigstens teilweise abgeschafft (z.B. *kal*, *Kol*, *kül*, statt *kahl*, *Kohl*, *kühl*, usw.) und die Unterscheidung von *s*, *ss* und *ß* verbessert werden. Selbst dieser bescheidene Reformversuch scheiterte jedoch am Widerstand Bismarcks und seiner auf dem Gebiet von Bildung und Kultur erkonservativen Bürokratie, die sich dabei, wie Wurzel vermerkt, teilweise auch auf die »Volksmeinung« stützen konnten. Während sich beispielsweise viele Lehrer über die vorgesehenen Änderungen freuten, protestierten konservative Kräfte vehement dagegen, weil ihnen Raumers Entwurf nicht traditionell genug war. »Jedoch auch namhafte deutsche Schriftsteller fühlten sich bemüßigt, gegen die geplanten Neuregelungen entschieden zu protestieren, und das wenig sachkundig, aber sehr laut.«<sup>4</sup> Trotz »Reichseinigung« gaben daraufhin nicht nur die größeren deutschen Länder wie Preußen, Bayern, Sachsen, Württemberg, sondern sogar ein Kleinstaat wie das »Großherzogtum« Mecklenburg-Strelitz sich mehr oder weniger unterscheidende eigene orthographische Regelwerke heraus. Danach wurde z.B. an Stelle von preußischem und heutigem *Komitee* und *Kompanie* in Bayern *Comité* und *Kompagnie*, in Württemberg *Komitée* und *Compagnie* geschrieben. Zugrunde gelegt wurden dabei mehr oder weniger vereinheitlichte regionale Traditionen, die vornehmlich von Buchdruckern sowie von Schriftstellern und Deutschlehrern geprägt waren. Konrad Duden charakterisierte die Situation, wie sie vor dieser regionalen Vereinheitlichung bestanden hatte, später mit den Worten: »Nicht zwei Lehrer derselben Schule und nicht zwei Korrektoren der selben Offizin waren in allen Stücken über die Rechtschreibung einig; und eine Autorität, die man hätte anrufen können, gab es nicht.«<sup>5</sup> Die meisten kleineren deutschen Staaten orientierten sich allerdings an der preußischen Norm.

Unter diesen Umständen sah auch Duden keine andere Möglichkeit. Wie er im Untertitel des im Jahre 1880 erschienenen »Duden«<sup>6</sup> vermerkte, berücksichtigte er dabei außerdem auch bayerische Regeln. Über den Kompromißcharakter dieser Übergangslösung machte er sich keinerlei Illusionen. Wie er im Vorwort versichert, war diese »nichts weniger als das Ideal des Verfassers; aber von allen Orthographieen, die für den Augenblick möglich sind, ist sie die beste, weil sie die meiste Aussicht hat, binnen kurzem zur Alleinherrschaft in ganz Deutschland zu gelangen.«<sup>7</sup>

Das, was 1901 auf der in der heutigen Debatte immer wieder erwähnten 2. Orthographischen Konferenz von Berlin tatsächlich erreicht wurde, war – abgesehen von der Beseitigung von *ph* und *th* in deutschen Wörtern germanischen Ursprungs sowie der weitgehenden Ersetzung von *c* durch *k* oder *z* und von *ch* durch *sch* in Fremdwörtern – die Vereinheitlichung der Rechtschreibung im gesamten deutschen Sprachgebiet, im wesentlichen auf der Grundlage des preußischen *Schreibgebrauchs*.<sup>8</sup>

Am für bestimmte Regionen typischen unterschiedlichen *Sprachgebrauch* hatte sich damit nicht das Geringste geändert. Weder im Wortschatz noch in der Grammatik. Wer entsprechend

4 Wurzel, S. 66.

5 So in »Rechtschreibung der Buchdruckereien deutscher Sprache«, Leipzig und Wien 1903; 2. Auflage 1907, S. 762 (zitiert nach Wurzel, S. 51).

6 Vollständiges Orthographisches Wörterbuch der deutschen Sprache von Dr. Konrad Duden, Direktor des Königl. Gymnasiums zu Hersfeld. Nach den preußischen und bayerischen Regeln, Leipzig, Verlag des Bibliographischen Instituts.

7 Wurzel, S. 69.

8 Das Titelblatt der 1902 erschienenen 7. Auflage des »Duden« lautete erstmalig: Orthographisches Wörterbuch der deutschen Sprache von Dr. Konrad Duden. Nach den für Deutschland, Österreich und die Schweiz gültigen amtlichen Regeln.

seiner regionalen Norm statt *Quark* und *Januar – Topfen* und *Jänner* sprach und schrieb bzw. statt *hat gelegen/gesessen/gestanden – ist gelegen/gesessen/gestanden*, konnte dies auch weiter tun. Und so ist es bis zum heutigen Tage geblieben.

Duden selbst war sich völlig darüber im klaren, daß sein eigentliches Ziel, die deutsche Orthographie nicht nur zu vereinheitlichen, sondern nach dem Prinzip »Schreib, wie du sprichst«, auch zu vereinfachen, unter den gesellschaftlichen Bedingungen, wie sie im Wilhelminischen Deutschland, im Habsburgerreich und in der in anderer Hinsicht nicht weniger konservativen deutschsprachigen Schweiz herrschten, nicht durchzusetzen war.<sup>9</sup>

Die mit der Niederlage der Mittelmächte im Ersten Weltkrieg entstandenen neuen Voraussetzungen für die Erreichung des angestrebten Fernziels zu nutzen, war ihm nicht mehr vergönnt. Er starb einundachtzigjährig am 1. August 1911.

Andere hatten in der Zwischenkriegszeit offenbar ebenfalls keinen Erfolg, denn alles blieb beim alten.

Erstaunlich ist, daß ausgerechnet die Nazis mitten im Kriege die sogenannte »deutsche« Schrift abschafften. Damit änderte sich zwar nichts an der Rechtschreibung, doch wurde für die, die nun nur noch die »Normalschrift« Antiqua lernten, das Lesen des älteren, vorwiegend in Fraktur gedruckten Schrifttums wesentlich erschwert, von handschriftlichen Texten ganz zu schweigen. Dennoch mußten sich unter den politischen Bedingungen des Nazi-regimes nicht nur alle mit dieser einschneidenden Umstellung abfinden, sie wurde nach wenigen Jahren auch kaum noch von jemandem als Behinderung empfunden.

Es ist deshalb auch gar nicht verwunderlich, daß diese Episode in dem heutigen Disput überhaupt keine Rolle spielt.<sup>10</sup> Denn sie wäre ein Argument sowohl gegen die Ausrede der »Reformer«, weitergehende echte Neuerungen seien nicht durchsetzbar, als auch gegen das Gebarme prominenter Protestierer, das gesamte nach der bisherigen Orthographie gedruckte Schrifttum würde mit der Realisierung der »Reform« zur Makulatur.

Eine echte Bewegung für eine Reformierung der deutschen Rechtschreibung, die diesen Namen wirklich verdient, entstand erst nach der Niederlage des Hitlerfaschismus.<sup>11</sup> Der entscheidende Anstoß kam schon 1946 aus Ostdeutschland. Dort hatte der bekannte Linguist Wolfgang Steinitz, in den dreißiger Jahren politischer Emigrant in der Sowjetunion und mit der wenige Monate nach der Oktoberrevolution erfolgten Reformierung der russischen Orthographie bestens vertraut, von der gerade aufgebauten Zentralverwaltung für Volksbildung der Sowjetischen Besatzungszone den Auftrag erhalten, einen Reformvorschlag zu erarbeiten. In einem programmatischen Artikel, den die von der Sowjetischen Militäradministration herausgegebene Zeitung *Tägliche Rundschau* am 27. November 1946 veröffentlichte, stellte er das Ergebnis seiner Überlegungen vor. Seine Vorschläge umfaßten die Kleinschreibung der Substantive (sogenannte »gemäßigte Kleinschreibung«), die einheitliche Schreibung des Diphthongs /ae/<sup>12</sup> (bis heute *ei* oder *ai* geschrieben) sowie des Phonems /f/ (statt *f*, *v* oder *ph*), den Wegfall des Buchstabens *x*, die einheitliche

9 Im Vorwort zur 7. Auflage des »Duden« formuliert er: »Nur ein Zwischenziel ist erreicht worden. Es fehlt nicht an Wegweisern, die auf ein ferneres Ziel hindeuten...« (Zitiert nach Wurzel, S. 75).

10 Soweit diese Maßnahme dennoch erwähnt wird, tritt eine frappierende Unkenntnis der tatsächlichen Vorgänge zutage. So enthält eine Leserschrift in der *TAZ* vom 27. August 1997 den Stoßseufzer: »Bin ich aber froh, daß vor 60 Jahren die Handschrift-Reform erfolgreich durchgezogen wurde. Man stelle sich vor, (ausländische) Deutsch-Studenten müßten auch noch Großmutterts alteutsche Handschrift erlernen«. In einem Übersichtsartikel in der *Berliner Zeitung* vom 28. Oktober 1995 wird gar behauptet, die Nazis hätten die »deutsche Schrift« 1942 eingeführt und sie sei 1945 wieder abgeschafft worden. Die Richtigstellung bringt dann eine Leserschrift in der Ausgabe vom 3. November.

11 Bei der folgenden kurzen Übersicht über die Bemühungen um eine Reformierung der deutschen Rechtschreibung nach dem Zweiten Weltkrieg stütze ich mich hauptsächlich auf das schon mehrfach zitierte Buch von Wolfgang Ulrich Wurzel über Duden.

Bezeichnung der langen Vokale und die phonematische Schreibung (die »Eindeutschung«) auch der Fremdwörter.

Es braucht nicht zu verwundern, daß diese noch gar nicht einmal weitgehenden Vorschläge in den westlichen Besetzungszonen auf entschiedene Ablehnung stießen.

In den fünfziger Jahren schien es dann, als zögen die an einer Reformierung der deutschen Rechtschreibung interessierten Experten in allen deutschsprachigen Staaten endlich an einem Strang. Im Jahre 1954 legten Sprachwissenschaftler aus der BRD, der DDR, Österreich und der Schweiz die sogenannten Stuttgarter Empfehlungen vor. Auch sie enthielten den Vorschlag zur gemäßigten Kleinschreibung, zur einheitlichen Schreibung der langen Vokale und zur stärkeren »Eindeutschung« der Fremdwörter. Obwohl die vorgeschlagene einheitliche Schreibung der Langvokale nach ersten Einwänden der »Öffentlichkeit« und offizieller Stellen schon geopfert worden war, verfielen die Empfehlungen schließlich dem Verdikt der Politik, die sich dabei auf Proteste von Schriftstellern und »Experten« berufen konnte, während Gewerkschaftsfunktionäre, zahlreiche führende Wissenschaftler und auch die Dudenredaktionen in DDR und BRD für die Reform eintraten. Obwohl sich in der Schweiz in Umfragen ca. drei Viertel der Leserschaft für die gemäßigte Kleinschreibung ausgesprochen hatten, lehnte die »Schweizerische Orthographiekonferenz« 1963 letztlich jedwede Reformbestrebungen ab.<sup>13</sup>

Ein neuer Anlauf wurde 1972 versucht, der nach immer weiter gehenden Abstrichen schließlich in dem jetzt so heftig umstrittenen Surrogat »gipfelt«.

### *Komponenten der Kontroverse*

Auf Verlauf und vorläufiges Ergebnis der Kontroverse soll hier nicht im einzelnen eingegangen werden. Dennoch möchte ich versuchen, anhand einiger Beispiele deutlich zu machen, daß die Auflehnung gegen die »Reform« kein auf mangelnde Aufklärung zurückzuführendes Mißverständnis, sondern trotz manch falschen Zungenschlages ein völlig gerechtfertigtes demokratisches Anliegen ist.

Die Vorwürfe treffen zu Recht sowohl den vorauseilenden Gehorsam der Experten<sup>14</sup> als auch die Inkompetenz der mit der Durchführung beauftragten Politiker, in erster Linie der KMK.

Das Echo auf Entscheidungen der nunmehr angerufenen Gerichte ist verständlicherweise gespalten. Weisen sie Klagen gegen die überstürzte Einführung der Neuerungen ab, wenden sich die Kläger umgehend an die nächste Instanz. Geben sie ihnen statt, gehen die Minister in Revision. Diese legen ansonsten in dieser Angelegenheit eine Mißachtung der Justiz an den Tag, die nur noch von ihrer Verachtung der öffentlichen Meinung übertroffen wird. Denn spätestens nach dem einer Klage von Eltern stattgebenden Urteil des Verwaltungsgerichtes Wiesbaden wäre sofortiger Stopp der »Reform« angesagt gewesen, wie es einzelne Kommentatoren zu Recht verlangten. So schrieb Christian Bommarius: »Bei der Rechtschreibreform läßt sich über vieles streiten, über eines nicht – daß sie sofort ausgesetzt werden muß. Zwei Verwaltungsgerichte

12 Soweit bedeutungsunterscheidende Lauteinheiten, sog. Phoneme, anzugeben sind, wobei aus technischen Gründen, wenn irgend möglich, den in der deutschen Orthographie vorgesehenen lateinischen Buchstaben der Vorzug gegeben wird, werden diese in Schrägstriche eingeschlossen, die Länge eines Vokals durch folgenden Doppelpunkt gekennzeichnet. Bei der Interpretation der Diphthonge folge ich der *Einführung in die Grammatik und Orthographie der deutschen Gegenwartssprache* (Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von K.-E. Sommerfeldt, G. Starke, D. Nerius), Leipzig 1981: VEB Bibliographisches Institut.

13 Ein gewisser Professor Zbinden soll sich dabei zu der Frage verstiegen haben: »Wo kämen wir hin, wenn fortan jeder Gimpel und Halbanphabet in den Besitz einer Schreibweise käme, die sozusagen keine Fehler mehr möglich macht?« (zitiert nach Wurzel, S. 110).

14 »Der eigentliche Skandal liegt darin, daß die deutsche Rechtschreibung zwar von Wissenschaftlern entwickelt wurde, die weiterhin Wert darauf legen, als Wissenschaftler angesehen zu werden, daß diese aber – wie weiland die Reformer von 1903 – im Ansatz darauf verzichten, die Reform mit den Mitteln der Wissenschaft anzupacken. Sie gingen von vornherein politisch vor, stellten, noch bevor sie mit den Kultusministern sprachen, Überlegungen im Sinne der Durchsetzbarkeit an und begaben sich so wehrlos auf das Feld von Dilettanten (Kultusministern) und Einzelinteressen

(Schulbuchverlagen).«  
Der Linguistik-Dozent Dr.  
Gerd Simon in einer Leser-  
zuschrift in *Der Spiegel*  
34/1997, S. 12.

15 *Berliner Zeitung* vom  
9./10. August 1997.

16 Die wohl einzige Aus-  
nahme ist *Die Woche*, die  
sich nicht nur von allem  
Anfang kompromißlos auf  
die Seite der »Reformer«  
schlug, sondern seit Dezem-  
ber 1996 auch nach den  
neuen Regeln redigiert wird.  
Allen Behauptungen ihrer  
Macher, das sei problemlos,  
zum Trotz muß sie sich von  
Gegnern vorhalten lassen,  
mit der korrekten Realisie-  
rung hapere es.

17 Dieses Zitat stellt der  
Erlanger Germanistikprofes-  
sor Theodor Ickler seiner  
Broschüre *Die Rechtschreib-  
reform auf dem Prüfstand*  
(St. Goar 1997: Leibnitz-  
Verlag, S. 3), in der er seine  
ablehnende Haltung begrün-  
det, als Motto voran.

18 E&W 1/97, S. 20f.

19 So in einem Interview  
mit der *Berliner Zeitung*  
vom 28./29. Oktober 1995.

... haben erhebliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der Neu-  
regelung formuliert. Selbst wer sie für unbegründet hält und die  
Reform für gelungen, muß jetzt für einen vorläufigen Stopp plä-  
dieren. Denn den Schülern ist nicht zuzumuten, die Schreibweise  
von »Stengel« nach dem jeweiligen Stand der Rechtsprechung zu  
lernen. Eben diese Zumutung scheint die Kultusminister der Län-  
der nicht zu berühren. Unbeeindruckt sehen sie zu, wie ihr ver-  
meintliches Jahrhundertwerk unter dem massiven politischen und  
juristischen Widerstand zerbricht – die Beseitigung der Trümmer  
überlassen sie den Eltern, Lehrern und Schülern«. <sup>15</sup>

Ein besonderes Problem ist die Rolle der Medien, die zwar  
zumeist den Eindruck von Neutralität zu erwecken bemüht sind<sup>16</sup>,  
ihre von Fall zu Fall wechselnde faktische Parteinahme für die  
eine oder andere Seite jedoch nur schwer verbergen können. Auf  
jeden Fall ermöglichen sie es mehr oder weniger interessierten  
Zuschauern bzw. Zuhörern oder Lesern, sich selbst ein Bild von  
den Positionen der wichtigsten Kontrahenten zu machen und  
teilweise mit Zuschriften an Redaktionen von Sendern, Zeitungen  
und Zeitschriften selbst mit in die Diskussion einzugreifen.

Verschwiegen werden kann auch nicht, auf welch erschreckend  
niedrigem Niveau die Debatte von seiten der meisten Verfechter  
und Befürworter der Neuerungen geführt wird, und zwar unabhän-  
gig von ihrer Zugehörigkeit zu einer der genannten Kategorien.  
Eine Linie ist in den widersprüchlichen Äußerungen nicht zu  
erkennen. Oft lassen diese die elementarste Logik vermissen.

Die »Reformer« selbst versuchen manchmal, den Eindruck  
zu erwecken, als hätten sie ein Jahrhundertwerk vollbracht. So  
schrieben Gerhard Augst, Professor der Germanistik in Siegen,  
seit 1979 Mitglied der deutschen Rechtschreibkommission und  
seit 1980 auch der Internationalen Kommission für Orthographie,  
und sein Mannheimer Kollege Gerhard Stickel am 9. Oktober  
1995 an die Ministerpräsidenten der deutschen Länder: »Ohne  
unbescheiden sein zu wollen, glauben wir, dass eine Reform  
der deutschen Rechtschreibung noch nie so gründlich bis ins letzte  
Detail vorbereitet worden ist.«<sup>17</sup> Andererseits werden sie in der  
Polemik mit Gegnern der Neuerungen nicht müde zu beteuern,  
daß doch im Prinzip alles beim alten bleibe, der »Aufstand« also  
unbegründet sei.

So kann es sich die GEW-Zeitschrift *Erziehung und Wissen-  
schaft*<sup>18</sup> leisten, einen Artikel Prof. Augsts, in dem er die aufgrund  
ministerieller Einsprüche gemachten faulen Kompromisse vertei-  
digt, mit der Überschrift »Die alte ist die neue« zu versehen.  
Er selbst formuliert wörtlich: »Trotz und wegen all des Gezeters...  
Die Neuregelung der deutschen Rechtschreibung ist nicht grund-  
stürzend. Die alte Rechtschreibung ist die neue!«

Auch der Chef der Mannheimer Dudenredaktion, Dr. Mattias  
Wermcke, bestreitet nicht, daß von einer echten Reform keine Re-  
de sein kann. Doch: »Besser ein Reförmchen als überhaupt keine  
Reform... Alles andere, was aus Wissenschaftlersicht wünschens-  
wert gewesen wäre, war einfach nicht durchzusetzen gewesen.«<sup>19</sup>

Die zuständig gemachten Kultusminister haben ebenfalls  
unabhängig vom Parteibuch keine Hemmungen, sich mit der

Geringfügigkeit der Änderungen herauszureden. So erklärte Brandenburgs Bildungsministerin Angelika Peter (SPD) in einem Interview im *Neuen Deutschland* vom 19./20. Oktober 1996, es sei albern, so zu tun, »als ob mit diesem Reförmchen das deutsche Wort demontiert und apokalyptische Schriftzustände eintreten würden«. Gleichzeitig gab sie zu bedenken, ob ein Stopp der »Reform« nicht dem Bild abträglich sei, »das der deutsche Sprachraum dann im Ausland abgeben würde«.

Auch Niedersachsens Kultusminister Rolf Wernstedt (SPD), derzeit Vorsitzender der KMK, fürchtet, »daß ein Rückzug aus der Rechtschreibreform Deutschland international zum Gespött machen würde«.<sup>20</sup>

Beruhigt werden soll die betroffene Öffentlichkeit auch mit der von »Zuständigen« und sonstigen Befürwortern immer wieder aufgestellten Behauptung, die »Reform« gelte ja lediglich für Schulen und Behörden. Zu dieser bewußten Irreführung erübrigt sich eigentlich jeder Kommentar. Durch das Urteil des schleswig-holsteinischen Oberverwaltungsgerichts vom 13. August dieses Jahres wird diese Behauptung nunmehr auch gerichtlich Lügen gestraft.<sup>21</sup>

Eine weitere häufig zu lesende oder in Rundfunk- oder Fernsehsendungen zu hörende Ausrede der Minister lautet, die Zustimmung ihrer Landesregierungen bzw. des für die Einführung der Neuerungen in die Schreibung der Behördensprache zuständigen Bundesinnenministers liege ja bereits vor. So auch Berlins Senatorin für Schule, Jugend und Sport, Ingrid Stahmer, die es ansonsten nur lächerlich findet, »einen Kulturkampf um das <h> in Känguruh zu veranstalten«.<sup>22</sup>

Dieser offenkundige Opportunismus dürfte jedoch zumindest bei den maßgeblichen Kommissionsmitgliedern und Politikern von einer zutiefst konservativen Grundeinstellung getragen sein, die der während der Bismarckschen und Wilhelminischen Ära in der Bildungselite herrschenden in nichts nachsteht.

Ein beredtes Zeugnis legt davon ein Interview ab, das Prof. Dr. Günther Drosdowski, bis vor zwei Jahren Leiter der BRD-Dudenredaktion<sup>23</sup>, seitdem Vorsitzender ihres Wissenschaftlichen Rates, dem *Spiegel* gab.<sup>24</sup> Darin gibt er freimütig zu, daß ihm die vorgeschlagenen halbherzigen Neuerungen eigentlich zu weit gehen. Er hätte lieber »da und dort Abstriche gemacht«. Die Begründungen, sofern welche gegeben werden, muten aus dem Munde eines Orthographieexperten seltsam an. Im Zusammenhang mit *Packet* beispielsweise, für das nach den neuen Regeln die von ihm abgelehnte Schreibung mit *ck* gilt, bemängelt er, daß es künftig anders »gesprochen als geschrieben« werden soll. »Denn es wird ja die zweite Silbe betont«. Als ob die Betonung nach der deutschen Rechtschreibung überhaupt angegeben würde. Das vom Interviewer angesprochene Verzeichnis der Fremdwörter, für die eine an die Regeln der deutschen Orthographie angenäherte Schreibung vorgeschlagen wird, bezeichnet er als »Horrorliste«. Vereinfachungen sind nach seiner Meinung nur zulässig, »wenn sich Entwicklungen in der Sprache abzeichnen«. Deshalb dürfe neben *Telephon* auch *Telefon* geschrieben werden. »Aber kennen Sie jemanden,

20 Nach *Berliner Zeitung* vom 10. März 1997.

21 »Die Rechtschreibreform zielt nicht nur auf eine Änderung der Schreibweise im Schulunterricht und in der Amtssprache. Reformiert wird zum 1. August 1998 die Schreibweise der deutschen Sprache im deutschen Sprachraum überhaupt...« (zitiert nach *Der Tagesspiegel* vom 14. August 1997.

22 In *Der Spiegel* 33/1997.

23 Anlässlich seines Ausscheidens aus diesem Amt wurde Prof. Drosdowski »für seine Verdienste um die deutsche Sprache« mit dem Großen Bundesverdienstkreuz dekoriert, worüber das Börsenblatt in seiner Ausgabe 58/1995 ausführlich berichtete.

24 *Der Spiegel* 25/1995, S. 107-110.

der *Katastrophe* schreibt? Ich nicht.« Mit »Entwicklungen in der Sprache« meint Prof. Drosdowski also häufig vorkommende Abweichungen von der vorgeschriebenen Schreibung, die von der Dudenredaktion schließlich mehr nolens als volens abgesegnet wurden. Das Argument, die hohe Fehlerquote müsse gesenkt werden, dürfe nicht den Ausschlag geben, denn wer »an *Portemonnaie* scheitert, der wird auch an *Portmonee* scheitern, weil er am Ende entweder ein *n* zuviel oder ein *e* zuwenig schreiben wird«. Hinsichtlich der »Eindeutschung« der Fremdwörter behauptet er, daß sie »der allgemeinen Richtung völlig zuwiderläuft, und zwar sowohl der Sprache als auch des Lebens überhaupt. Die Entwicklung ist durch Massentourismus in alle Welt und Verständigung über die Landesgrenzen hinweg gekennzeichnet. Wir aber machen *Krepp* aus *Crêpe*, *Teke* aus *Theke*, *Strofe* aus *Strophe*, *Spagetti* aus *Spaghetti*. Absurd.«

Daß dieser Konservatismus nicht nur bei den Politikern neben dem fachlichen Aspekt auch ein gerüttelt Maß Obrigkeitsgläubigkeit und Vertrauen in die Bürokratie enthält, zeigt sich daran, daß die »Reform« für Prof. Drosdowski schon aus dem Grunde »gelaufen« ist, »weil auf der Wiener Konferenz im November 1994 Abgesandte der Kultusminister dem Beschluß bereits zugestimmt haben.« Durch den Einwand des Interviewers: »Was Beamte erklären, bindet die Minister nicht, zumal wenn diese sich – wie in diesem Fall – mit der Sache noch gar nicht befaßt haben, sondern das ihren Staatssekretären überlassen haben«, läßt sich Drosdowski nicht beirren, denn: »Trotzdem kann der Beschluß der Kultusministerkonferenz nur eine Formsache sein, denke ich.«

Da irrte Prof. Drosdowski allerdings, denn kein Geringerer als Hans Zehetmair, seines Zeichens CSU-Kultusminister des Freistaates Bayern, seit 1989 zusätzlich für Wissenschaft zuständig und seit 1993 auch stellvertretender Ministerpräsident, legte gegen die von den Vertretern Österreichs und der Schweiz bereits offiziell gebilligte »Reform« am 28. September 1995 erst einmal sein Veto ein. Warum, hatte der studierte Germanist und Altphilologe, der auch zehn Jahre Gymnasiallehrer gewesen war, schon vorher ebenfalls dem *Spiegel* anvertraut.<sup>25</sup> Daran erinnert, daß er schon 1989 verhindert habe, daß »aus dem *Hai* ein *Hei*, aus dem *Kaiser* ein *Keiser*, aus dem *Boot* ein *Bot* wurde«, bekannte er stolz: »Mit mir ist das nicht zu machen, das wäre eine Barbarei an der deutschen Sprache«. »Es wäre eine Katastrophe, wenn es zu *Katastrophe* käme... Die meisten Älteren werden sich daran nicht gewöhnen können und wollen, und bei den Jüngeren sind die Schulen mit einigem Erfolg um die Entwicklung von Sprachkompetenz bemüht. Sie haben einen freien, vielfältigen Umgang mit fremden Sprachen und fremden Wörtern, da brauchen sie solche Primitivschreibungen nicht.« Daß der Papst künftig auf das große *H* in der deutschen Version eines seiner Titel verzichten sollte, entlockte Minister Zehetmair den Ausruf: »Unmöglich, das halte ich beinahe für einen Eingriff in Glaubensfragen. Für katholische Christen ist doch klar, daß es einen *Heiligen Vater*, aber viele *heilige Väter* gibt... Diesen Unterschied können doch nicht Sprachwissenschaftler mit irgendeiner Regel einebnen...«

25 *Der Spiegel* 37/1997, S. 226-229.

Meine letzten Zweifel schwinden, daß da finstere Ketzer am Werke waren«.

Wenn schon die »Experten« auf diesem Niveau diskutieren, was soll man da von den »Laien« erwarten.

Und zu denen gehören zweifellos auch die nunmehr in fast allen Ländern und auf der Bundesebene mit der »Reform« befaßten Richter, sobald sie sich auf das Glatteis einer quasilinguistischen Argumentation begeben. Unabhängig davon, ob Verwaltungsgerichte Klagen von Eltern gegen die voreilige Einführung der neuen Regeln ablehnten<sup>26</sup> oder ihnen stattgaben<sup>27</sup>, sowie unabhängig davon, wie sie diese Entscheidungen juristisch begründeten und welche weiteren Vorgehensweisen sie vorschlugen, eine über diesen Rahmen hinausgehende Verlautbarung bestärkte meist den Eindruck, daß auch Juristen nicht wissen, worum es eigentlich geht. Das gilt im übrigen auch für »Reformgegner«.

Einen vorläufigen Höhepunkt bildet in dieser Hinsicht das Urteil des schleswig-holsteinischen Oberverwaltungsgerichts, das eine den Stopp ablehnende Entscheidung der ersten Instanz bestätigte. Wie man den in der Presse veröffentlichten Auszügen aus der Urteilsbegründung entnehmen kann, geht das Gericht von der an sich nicht anzufechtenden Prämisse aus: »Sprachliche Normen hängen ... nicht vom Willen – unter Umständen kurzfristig wechselnder – Mehrheiten in Parlamenten ab, sondern langfristig – von allgemeiner Akzeptanz.«<sup>28</sup> Nur – hier handelt es sich gar nicht um sprachliche, sondern um Schreibnormen, die sich zwar auf jene stützen sollten, aber gerade in der deutschen Orthographie weitgehend von ihnen unabhängig und völlig willkürlich festgelegt sind. Die heillose Verquickung von Sprache und ihrer Schreibung, die sich von allem Anfang durch die gesamte Kontroverse zieht, wird damit sogar zum Bestandteil eines richterlichen Urteils gemacht.

Sie kommt auch in zahlreichen anderen Stellungnahmen von Rechtsgelehrten zur »Reform« immer wieder vor. Der juristische Vorreiter der Protestbewegung, der Verfassungsrechtler Rolf Gröschner, spricht mit dem Blick auf das »Reförmchen« von einem »gravierenden Eingriff in eine gewachsene Sprach- und Schreibkultur«.<sup>29</sup> Der Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestags Horst Eylmann (CDU), verwahrt sich nach *Der Spiegel*<sup>30</sup> gegen das »staatliche Hineinfingern in die Orthographie«, sieht darin einen »Rückfall in den Obrigkeitsstaat« und verkündet: »Die Sprache gehört dem Volk«. Ein anderer CDU-Politiker, der seinerzeit als Bundesverteidigungsminister zurückgetretene, heute als stellvertretender Bundestagsfraktionsvorsitzender amtierende Staatsrechtsprofessor Rupert Scholz, glaubt gar davor warnen zu müssen, »daß 16 Länder unter Umständen 16 verschiedene Sprachen und Rechtschreibungen beschließen«.<sup>31</sup>

Bei anderen Politikern ist natürlich viel Wahlkampfakt und populistische Profilierungssucht mit im Spiel. Besonders deutlich hört man die Nachtigall bei der FDP-Spitze trabsen, die sich jetzt vorhalten lassen muß, bei der Beratung der Neuerungen im Bundeskabinett 1996 keinerlei Vorbehalte gegen die Art und Weise des Vorgehens gehabt zu haben. Dessenungeachtet erklärte Parteichef

26 Wie die in Schleswig, Mainz, Weimar, Greifswald und München.

27 Wie die in Wiesbaden, Hannover, Gelsenkirchen, Dresden und Hamburg.

28 *Der Tagesspiegel* vom 14. August 1997.

29 *Der Spiegel* 31/1997.

30 *Der Spiegel* 32/1997, S. 156.

31 *Der Spiegel* 32/1997, S. 158.

Gerhardt nunmehr, obwohl seinerzeit als hessischer Kultusminister und KMK-Vorsitzender selbst maßgeblich an der Einleitung dieser Prozedur beteiligt, es dürfe in Deutschland keine Orthographiereform ohne parlamentarische Absicherung geben. Wie *Der Tagesspiegel* vom 12. August 1997 zu berichten weiß, soll ihm sein derzeitiger Nachfolger und SPD-Konkurrent Wernstedt daraufhin in einem offenen Brief geschrieben haben, seinen eigenen Anteil an einem Entscheidungsprozeß zu verschweigen und »nur nach der Stimmung des Tages zu verfahren«, sei »pflichtvergessen« und gehöre »in die verachtenswerte Tradition eines Umfallertums«. Während Kanzler Kohl von seinem Urlaubsort aus in einem Fernsehinterview verlauten ließ, es sei ja »nicht alles Quatsch« an der »Reform«, und Gespräche zwischen Bund und Ländern vorschlug, sagte FDP-Fraktionschef Solms der *Bild am Sonntag*: »Wir sollten jetzt die ganze Rechtschreibreform begraben.« Auch neue Bundesländer-Gespräche seien nicht nötig. »Das sei alles Unsinn.«<sup>32</sup>

32 *Der Tagesspiegel* vom 17. August 1997.

Die Bundestagsfraktion der Bündnisgrünen warnte hingegen vor einer Rücknahme der »Reform«. Ihr rechtspolitischer Sprecher Volker Beck sieht darin eine gegenüber den Schülern und den Schulbuchverlagen nicht zu verantwortende »Rolle rückwärts«.<sup>33</sup>

33 *Berliner Zeitung* vom 9./10. August 1997.

Wie sich zeigt, versuchen Politiker der Koalition angesichts eines Massenprotestes gegen die »Reform« offenkundig, auf den fahrenden Zug aufzuspringen, um im Wahlkampf Punkte zu sammeln, während sich Vertreter der Opposition, koste es was es wolle, als »Reformer« darstellen möchten. Auf irgendwelche »orthographischen« Argumente meinen sie dabei verzichten zu können.

34 *Neues Deutschland* vom 5. Juni 1997.

Die Gewerkschaften sind offenbar hin und her gerissen. Die in erster Linie betroffene GEW warf erst einmal sowohl Gegnern wie Befürwortern »Dilettantismus« und »Gleichgültigkeit« vor. Ihre neue Bundesvorsitzende Eva-Maria Stange verkündete Anfang Juni in einem Rundfunkinterview: »Wenn das Ganze jetzt gestoppt wird, tritt die Verwirrung komplett ein«<sup>34</sup>. Nach dem Urteil des Schleswiger Oberverwaltungsgerichtes erklärte sie am 14. August im Info-Radio: »Ich stelle es mir kurios vor, wenn jemand einen Rechtschreibfehler macht und damit gegen ein Gesetz verstößt«<sup>35</sup>, um vierzehn Tage später zu befinden, es sei ein Fehler gewesen, »die Reform in den Schulen zwei Jahre vorzuziehen« und sich gegenüber der *Berliner Zeitung* für einen vorläufigen Stopp auszusprechen.<sup>36</sup> Der Berliner GEW-Vorsitzende Erhard Laube wiederum kritisiert eine solche Haltung als »gedanklichen Schnellschuß«<sup>37</sup> bzw. – nicht zuletzt mit Rücksicht auf die angeblichen Verluste der Schulbuchverlage – als »volkswirtschaftlichen und pädagogischen Unsinn«<sup>38</sup>. Mit pseudolinguistischen Argumenten halten sich auch die Gewerkschaftsfunktionäre nicht auf.

35 *Neues Deutschland* vom 16./17. August 1997.

36 Ausgabe vom 28. August 1997.

37 *Berliner Zeitung* vom 30./31. August 1997.

38 *blz* 8/1997, S. 4.

Eine um so größere Rolle spielen solche Argumente – in erster Linie die irrige Annahme von einem gleichsam natur- oder gottgegebenen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Sprache und ihrer Schreibung, obwohl sich diese unter spezifischen historischen Bedingungen mehr oder weniger zufällig herausgebildet hat – bei prominenten Protestierern. Lanciert wird dieser Irrglaube natürlich auch in hohem Maße von den Medien.

»Rettet die deutsche Sprache!« titelte beispielsweise *Der Spiegel* in seiner Nummer 42/1996. Dieser Aufruf mag ironisch gemeint sein, um eine gewisse Distanz zum ebenfalls auf dem Titelblatt thematisierten »Aufstand der Dichter« gegen den »Schwachsinn Rechtschreibreform« zu suggerieren. Doch dann sollen die interviewten Dichturfürsten eine Eingangsfrage des Typs »Herr..., die (Landes-)Sprache, in der Sie schreiben, soll sich ändern... Wie finden Sie das?« beantworten. Einzig Enzensberger kontert in dem schon in Anmerkung 3 zitierten Interview mit dem bemerkenswerten Satz: »Dabei geht es überhaupt nicht um die Sprache, sondern um die Rechtschreibung, die von jeher das Steckenpferd aller Besserwisser war.« Der abschließende Nebensatz stellt zwar eine Übertreibung dar, dem rationellen Kern der Aussage kann man jedoch nur uneingeschränkt beipflichten. Sie ist im übrigen in der ganzen Protestkampagne eine der ganz wenigen, in der diese Erkenntnis, die eigentlich der Debatte zugrundeliegen müßte, überhaupt ausgesprochen wird.

Die meisten der dergestalt Angesprochenen fallen dagegen auf die – vermutlich gar nicht mit Hintergedanken gestellte – absurde Frage herein. Martin Walser, der sich offenbar nicht bewußt ist, daß ein und derselbe kurze Vokal nach bestimmten – in manchen Fällen nicht nachzuvollziehenden – Regeln mal mit *e*, mal mit *ä* zu schreiben ist, meint: »Bei uns im Süden hat man immer »Gämse« gesagt und, unter hochdeutschem Druck, »Gemse« geschrieben.«<sup>39</sup> Siegfried Lenz, der die angestrebten Neuerungen für einen »kostspieligen Unsinn« hält, protestiert als »Bürger und Schriftsteller, den der wahrnehmbare Sprachverfall nicht unbesorgt sein läßt.«<sup>40</sup> Walter Kempowski, der immerhin für radikalere Lösungen wie die gemäßigte Kleinschreibung plädiert, glaubt: »Unsere jetzige schöne Schriftsprache jedenfalls landet auf dem Müll.«<sup>41</sup> Günter Grass wird in der *Berliner Zeitung* vom 1. Juni 1997 mit den Worten zitiert: »Ich lehne den widersprüchlichen und zum Teil widersinnigen Eingriff in die deutsche Sprache ab«.

Noch weitaus größere, oftmals geradezu groteske Fehlleistungen dieser Art finden sich immer wieder in den Berichten, Kommentaren, Leitartikeln und Überschriften sowie vor allem in den unzähligen Leserzuschriften pro und kontra von Medien unterschiedlichster Couleur. Auf die Wiedergabe auch nur einer Auswahl muß aus Platzgründen verzichtet werden.

Nur darauf sei noch verwiesen, daß diesbezügliche Entgleisungen von Prominenten Auswirkungen auf ihre Leser haben können. So veröffentlicht das *Neue Deutschland* in seiner Wochenendausgabe vom 19./20. Juli 1997 eine teilweise auch die »Reform« thematisierende Kolumne von Hermann Kant, die aus lauter Geistreicheleien besteht, bei denen man meist nicht schlau wird, ob irgend etwas an ihnen ernst gemeint ist oder ob sie lediglich der Selbstbefriedigung dienen. Das trifft u.a. auf folgende Passage zu: »Eine Reform sollte es sein, welche, wenn schon nicht gleich den Übelstand Arbeitslosigkeit abstellt, so doch wenigstens das Wort dafür ums Fugen-s verkürzt. Auf daß die fehlerquellenlos gemeinsame deutsche Sprache uns Deutsche ... endlich über alle Unterschiede hinweg zur fugenlosen Gemeinschaft macht.«

39 *Der Spiegel*, 42/1996, S. 270. Der Baseler Beat Leuthardt unterliegt dem gleichen Irrtum, zieht aber andere ziemlich abstrus formulierte Schlußfolgerungen und begrüßt im *ND* vom 7./8. Juni 1997 gerade diese Neuerungen. Denn: »Daß die deutsche Sprache sich in der revidierten Form weiter von den Schweizer Sprachgewohnheiten entfernen würde als die heutige Hochsprache, behauptet außer den Reformgegnern niemand. Im Gegenteil. Alt-sprachliche Wörter wie Gemse und Stengel werden in sämtlichen Dialekten ohnehin mit ä ausgesprochen... So gesehen werden diese ä-Wörter die Schweizer Mundartformen sogar näher an die deutsche Hochsprache heranzuführen.«

40 Ebenda, S. 268.

41 Ebenda, S. 278.

Ob Kant selbst meint, eine Orthographiereform könne die Aufgabe haben, auch Gesetzmäßigkeiten der Wortbildung gleich mit abzuschaffen, sei dahingestellt. Offen bleiben muß auch, wieviele Leser dies als ernstgemeinte Forderung auffassen könnten. Eine Leserin hat es jedenfalls so ernst genommen, daß sie in einer vier Tage später abgedruckten Zuschrift ans *ND* tatsächlich nicht einsehen will, wozu das Fugen-*s* in *Arbeitslosigkeit* bleiben soll.

Natürlich sind in der ganzen Debatte neben Unkenntnis auch nicht wenige Emotionen im Spiel, wie die zahlreichen nicht gerade schmeichelhaften Epitheta für die »Reform« belegen. *Reförmchen* oder *Reförmlein*, *unausgegorenes Werk* sind, wie auch (mit der ungerechtfertigten Identifizierung von Schreibung und Sprache) *Neudeutsch* bzw. (mit distanzierenden Anführungsstrichen) »*neues Deutsch*«, »*Leichtschreibung*« oder *Neuschreib*, *Neuschrieb* noch die harmlosesten der Ablehnung signalisierenden Bezeichnungen. Sonst reichen diese von *Banausenschreibe*, *Quatsch*, *Stuß*, *Unfug*, *Unsinn*, *Blödsinn*, *Schwachsinn* (*wider die deutsche Sprache*), *Irrsinn*, *Wahnsinn*, *Verhuzung* (*der deutschen Sprache*), *Akt von Kulturschande* bis zu *idiotisches regelwerk* und Neuregelungen der Silbentrennung persiflierendem *kleins-taatliche Ka-cke*.

Andererseits dürfte eine so völlig an der Realität vorbeigehende euphorische Einschätzung, man könne sich »nichts Logischeres« als die bisher gültige Rechtschreibung vorstellen, wie sie eine Hamburger Lehrerin am 15. August dieses Jahres in den »Tages-themen« abgab, wohl ebenfalls Emotionen geschuldet sein.

Im allgemeinen jedoch vermitteln die Leserschriften in der Presse den Eindruck, daß die Mehrheit der Deutsch Lesenden und Schreibenden die Neuerungen aus durchaus rationalen Gründen ablehnt. Die meisten begründen die Ablehnung damit, daß die Neuregelung schlicht überflüssig sei, »überflüssig wie ein Kropf«, wie Roman Herzog gesagt haben soll. Ein sich als »Gegner der Rechtschreibreform« bezeichnender *TAZ*-Leser motiviert seine Haltung damit, daß sie »schlichtweg nicht radikal genug« sei.<sup>42</sup>

Einige präzisieren darüber hinaus, daß sie »eindeutige regeln für lange und kurze vokale und vor allem die abschaffung der großschreibung von substantiven«<sup>43</sup> vermissen, daß sie die »Verschriftlichung derselben Laute durch verschiedene Buchstaben oder sogar Buchstabengruppen, zum Beispiel *f* durch *ff*, *ph* und *v*« nicht akzeptieren<sup>44</sup> oder daß die Getrennt- und Zusammenschreibung »veränderungsbedürftig gewesen wäre«, da hier selbst »bei Leuten, für die die Sprache Handwerkszeug ist, Probleme bestehen«<sup>45</sup>.

Natürlich können auch Stellungnahmen von Befürwortern gegen Ablehner vernünftige Gedanken enthalten. Etwa wenn ein Leser des *Tagesspiegel* die von Kommentator Malte Lehming am 30. Juli 1997 in dieser Zeitung unter der Überschrift »Die Umwörter (sic!) sind einsam geworden« kolportierte Begriffsverwirrung zurückweist, weil es nicht um die »Neuregelung der Sprache«, sondern »lediglich um das Schriftbild« gehe.<sup>46</sup>

Daß der ebenfalls in solchen Stellungnahmen zu findende Hinweis auf die stockkonservative Grundeinstellung so mancher Protestierer nicht von der Hand zu weisen ist, dürfte schon aus dem bisher Dargelegten hervorgehen. Was aber wäre beispiels-

42 *TAZ* vom 20. August 1997.

43 So ein Verfechter der Kleinschreibung in der *TAZ* vom 15. Dezember 1995, der hinzufügt: »Ein wichtiger Beitrag dazu wäre, wenn die *taz* als alternative Zeitung zu gemäßigter Kleinschreibung übergehen würde«. Im *Tagesspiegel* vom 23. Dezember 1996 fordern die Schüler der Klasse 11e des Kreuzberger Hermann-Hesse-Gymnasiums sogar eine »allgemeine Kleinschreibung«.

44 *TAZ* vom 2. November 1995.

45 *Neues Deutschland* vom 22. Oktober 1996.

46 In der Ausgabe vom 3. August.

weise bei einem CDU-Rechtsaußen wie Rupert Scholz auch anderes zu erwarten, als daß er die bei einer echten Reform sehr wohl rational begründbare Zuständigkeit des Bundes auch in diesem Fall nicht nur mit der bereits mehrfach erwähnten irrigen Gleichsetzung »Rechtschreibung ist Sprache« beweisen will, sondern völlig überflüssigerweise mythologisierend hinzufügt: »Sie ist identitätsstiftend für die ganze Nation. Der Bund ist kraft Natur der Sache zuständig.« Denn sonst drohe dem Land eine »Sprachspaltung«. <sup>47</sup>

47 BZ vom 31. Juli 1997.

Doch auch germanistisch ausgebildete Deutschlehrer warten manchmal mit merkwürdigen Thesen auf. Zu ihnen gehört Klaus Deterding, der in Berlin eine ähnliche Rolle zu spielen scheint wie Denk in Bayern und auf Bundesebene und im April 1997 eine *Rechtschreibung zum Nulltarif. Fehler und Mängel der »einfachen« neuen Regelung* betitelte 22-seitige Broschüre schon in der »fünften verbesserten sowie mit einem Vorwort versehenen« Auflage herausbrachte. Darin läuft er u.a. Sturm gegen die an sich gar nicht anfechtbare Formulierung der »Vorlage«: »In manchen Fällen werden durch verschiedene Laut-Buchstaben-Zuordnungen gleich lautende Wörter unterschieden« (als Beispiel: malen – mahlen, leeren – lehren). Es handele sich um »unterschiedliche Wörter mit verschiedenem Inhalt, verschiedener Bedeutung und verschiedener Wortgeschichte.« <sup>48</sup> Doch dies wird ja auch in der »Vorlage« nicht bestritten. Wenn Deterding dann allerdings fortfährt, es handele sich um Wörter, die »in gar keinem Zusammenhang miteinander stehen«, dann tut er den »Reformern« entschieden Unrecht, denn sie behaupten lediglich den von der Sprachentwicklung hergestellten unbestreitbaren Zusammenhang: *mahlen* und *malen* bzw. *leeren* und *lehren* lauten gleich. Und das trifft auch auf zahlreiche andere Homonyme zu, auf solche, die unterschiedlich geschrieben werden, und auf solche, die sich in der Schreibung nicht unterscheiden. Zu kritisieren wäre die »Vorlage« in diesem Punkt wegen der Beibehaltung dieser Inkonsequenz bzw., wenn versucht würde, eine andere unterschiedliche Schreibung einzuführen. Auf dieses Problem ist noch zurückzukommen.

48 S. 5 der angegebenen Broschüre.

*Vorläufiges Resümee:* Die vorgeschlagene Neuregelung stellt keine wirkliche, von wissenschaftlichen Kriterien ausgehende Rechtschreibreform dar, sondern beinhaltet lediglich eine Reihe solchen Prinzipien zumeist diametral zuwiderlaufender partieller Änderungen an den bisher geltenden Regeln. Die Verursacher dieses Debakels benutzen die Geringfügigkeit der Änderungen als Ausrede, um die »Reform« gegen den erklärten Willen der Betroffenen administrativ durchzudrücken. Demgegenüber machen nicht wenige Gegner zu Recht ihren Protest daran fest.

Die Chancen einer echten Rechtschreibreform hängen also in hohem Maße von der fachlichen Qualifikation der für ihre Vorbereitung und Durchführung Verantwortlichen ab, seien es nun Sprachwissenschaftler, Pädagogen oder Politiker. Wäre diese Qualifikation hoch genug, hätten Juristen allenfalls dann mitzureden, wenn es zu entscheiden gälte, welcher »höchstrichterlichen« Instanz das letzte Wort gebührt.

*Die Rechtschreibprinzipien und ihre denkbare Anwendung auf die deutsche Orthographie*

Wie aber könnte eine auf wissenschaftlichen Kriterien basierende Schreibung der deutschen Sprache aussehen?

Als solche »Rechtschreibprinzipien« genannten Kriterien werden im allgemeinen folgende unterschieden:<sup>49</sup>

*Erstens:* Phonetisches oder Lautprinzip

Dieses Prinzip orientiert sich an den tatsächlich gesprochenen Lauten. Seine konsequente Anwendung in der Schreibung einer Sprache kommt kaum vor, da die konkrete Realisierung der Sprachlaute vielfach von deren Umgebung abhängt. So werden z.B. stimmhafte Konsonanten des Deutschen vor stimmlosen oder im Wortauslaut stimmlos. Wiedergegeben wurde die »Auslauthärtung« bei der Schreibung des Mittelhochdeutschen, etwa bei der Deklination von Substantiven wie *Tag*, das bei Vorhandensein vokalischer Endungen *tag-* (z. B. Genitiv *tages* oder Dativ *tage*), sonst aber *tac* geschrieben wurde.<sup>50</sup>

*Zweitens:* Phonologisches Prinzip

Dieses Prinzip orientiert sich an den sog. Phonemen, den bedeutungstragenden Lauteinheiten. Phonetische Unterschiede wie bei der Aussprache von *ch* nach vorderen oder hinteren Vokalen wie in *Nacht* (»ach-Laut«) gegenüber *Nächte* (»ich-Laut«) werden ebensowenig berücksichtigt wie die unterschiedliche Aussprache von /r/ als Zungen- oder Zäpfchen-r oder die von /g/ in *richtig* (»richtich«) oder *richtige*.<sup>51</sup>

*Drittens:* Morphologisches bzw. morphematisches oder Stammprinzip

Nach diesem Prinzip werden Modifikationen eines Wortstammes bei Deklination, Konjugation oder Wortableitung in der Schreibung abweichend vom phonologischen Prinzip berücksichtigt. Der auf »Umlaut« von /a/ zurückgehende kurze offene Vokal /e/ wird so mit dem Buchstaben *ä* geschrieben, wie im Plural von *Nacht* – *Nächte* oder in der Ableitung *nächtlich* bzw. im Präsens von *fallen* – (*du*) *fällst*, (*er, sie, es*) *fällt* oder in der Ableitung *fällen*. Der mit der »Reform« unternommene Versuch, die Anwendung dieses Prinzips auf einige weitere vom Sprecher kaum noch als solche erkannte Ableitungen wie *behende* (zu *Hand*), *Gemse* (zu *Gams*), *Stengel* (zu *Stange*) usw. auszudehnen, wobei aber Fälle wie *Eltern* (aus *älteren*) unberücksichtigt bleiben, ist bekanntlich einer der Streitpunkte in der jetzigen Debatte. Dabei wird merkwürdigerweise überhaupt nicht thematisiert, daß die Begründer der angeblich historisch gewachsenen deutschen Rechtschreibung im 17. und 18. Jh. in einigen Fällen völlig willkürliche Festlegungen getroffen haben. So hat der Wortstamm *Bär* nie ein /a/ enthalten, während heutiges *Beere* mit gotischem *-basi* (bezeugt in *weinabasi* »Weinbeere«) verwandt ist, das *ee* geschriebene /e:/ also auf Umlaut zurückgeht.

Ähnlich liegen die Dinge bei der ebenfalls umstrittenen Schreibung des Diphthongs /oö/ mit *eu* oder *äu*, je nachdem, ob es aus langem /ü:/, das wiederum – wie in *Leute* – aus dem Diphthong /iu/ hervorgegangen ist, oder aus dem Umlaut von /u:/ (*Haus* [ursprünglich *hu:s*] – *Häuser*) oder /ou/ (*Baum* – *Bäume*) entstand.

49 Ich folge hier im wesentlichen der von Wolfgang Ulrich Wurzel in einem Vortrag zum Thema »Über Sinn und Unsinn der Orthographiereform« am 16. Januar 1997 in der Leibnitz-Sozietät e. V. gegebenen Darstellung.

50 Auch die heutige türkische Orthographie enthält starke phonetische Elemente, z.B. die Wiedergabe der sog. »Auslautverhärtung« in *renk* 'Farbe', gegenüber *rengi* 'die Farbe' (Akkusativ) oder *rengim* 'meine Farbe'.

51 Die Orthographien der meisten mittel-, ost- und südosteuropäischen Sprachen, z. B. aller slawischen, ganz gleich, ob sie mit lateinischer oder kyrillischer Schrift geschrieben werden, der baltischen, also des Lettischen und Litauischen, oder des Ungarischen, basieren im wesentlichen auf dem phonologischen Prinzip.

Gerhard Augst begründet in dem in Anmerkung 18 zitierten *E&W*-Artikel die fakultative Einführung der Schreibung von /t/ mit *z* statt mit *t* in Wörtern wie *potenziell*, *substanzuell* mit dem »Stammprinzip«, und dies wird auch in der »Vorlage« suggeriert. Im Grunde handelt es sich dabei jedoch um die Anwendung des phonologischen Prinzips.

*Viertens*: Grammatisches Prinzip

Darauf beruhen die in der Gegenwart weltweit einzig in der deutschen Orthographie praktizierte Großschreibung der Substantive und die in der Neuzeit in den meisten Buchstabenschriften geltende Zusammenschreibung von Wörtern, die dabei voneinander durch Zwischenräume, sog. Spatien, getrennt werden.<sup>52</sup>

*Fünftens*: Semantisches oder Homonymieprinzip, manchmal auch »logisches« Prinzip genannt

Danach werden gleichlautende Wörter mit unterschiedlicher Bedeutung, sog. Homonyme, in der Schreibung unterschieden. Beispiele wären: *denen* (*geben*) – (*sie*) *dehnen*, (*Gläser*) *leeren* – (*Schüler*) *lehren*, *Lid*(*schatten*) – *Lied*(*gut*), (*Korn*) *mahlen* – (*Bilder*) *malen*, (*das Meer* – (*noch*) *mehr*, (*der Mohr* – (*das Moor*, *die Saite* (*ist gesprungen*) – *die Seite* (*tut weh*), (*in die Stadt* – (*an Kindes*) *Statt* – *statt* (*dessen*), (*die Uhr* – (*der*) *Ur*, *Waagen* (*werden geeicht*) – *Wagen* (*werden beladen*), (*das Gesicht*) *wahren* – (*wir*) *waren*, (*der Wal* – (*die Wahl*, *wieder* (*arbeiten*) – *wider* (*den Zeitgeist*) usw. Wie die in Klammern beigegebenen Kontextwörter bzw. Kompositionsglieder deutlich machen, genügt meist schon ein minimaler Kontext, um die unterschiedliche Bedeutung der gleichlautenden Wörter absolut eindeutig zu signalisieren.

Bei einigen dieser Dubletten spiegelt die unterschiedliche Schreibung ursprüngliche lautliche Unterschiede wider, manchmal sogar ziemlich genau. So enthielt die mittelhochdeutsche Vorstufe von *Lid* eine kurzes /i/, die von *Lied* den Diphthong /ie/. Meist werden die ursprünglichen Unterschiede jedoch infolge willkürlicher Festlegungen völlig verzerrt wiedergegeben. *Saite* beispielsweise geht zurück auf *seite*, enthielt also den Diphthong /ei/, während das *ei* in *Seite* aus langem /i:/ hervorgegangen ist. Der *lehr-* geschriebene Wortstamm enthielt ursprünglich den Diphthong /ai/, der allerdings bereits im Althochdeutschen zu langem /e:/ geworden war. Das /e:/ in *leer-* dagegen ist durch Umlaut aus /a:/ entstanden, müßte nach dem historischen Prinzip also eigentlich mit *ä* geschrieben werden. Reine Willkür ist die unterschiedliche Schreibung bei *Statt* und *Stadt*, denn es handelt sich ursprünglich um ein und dasselbe Wort, das im Laufe der Zeit unterschiedliche Bedeutungen angenommen hat.

Mit Ausnahme der beiden erstgenannten, die sich zwar am heutigen Sprachzustand orientieren, jedoch für kaum eine Sprache konsequent angewandt werden, reflektieren die übrigen Prinzipien gewisse historische Momente.

Es hat in der Geschichte der deutschen Orthographie auch Tendenzen gegeben, sich überhaupt an einer nicht mehr der heutigen Aussprache entsprechenden archaisierenden Schreibung nach mittelhochdeutschem Vorbild zu orientieren. Der Begründer der sprachwissenschaftlichen Germanistik Jacob Grimm war z.B. ein

52 Eine Ausnahme bildet das Vietnamesische, bei dessen Schreibung die Silben durch Spatien getrennt werden.

engagierter Verfechter einer solchen Schreibweise, konnte sich jedoch verständlicherweise damit nicht durchsetzen.

Wie bereits festgestellt, erklären sich die unterschiedlichen Schreibweisen für Homonyme zum Teil auf diese Weise.

So beruht die Kennzeichnung der Länge bei /i:/ in den meisten Fällen auf der Beibehaltung der ursprünglichen phonologischen Schreibung des mittelhochdeutschen Diphthongs *ie*.

Die Wiedergabe des stimmlosen Zischlauts mit *sch* bzw. mit *s* vor /t/ und /p/ sowie des velaren Nasallauts mit *ng* bzw. vor /k/ mit *n* oder vor /n/ mit *g* (wie in *Signal*) hat ebenfalls historische Gründe.

Am stärksten tritt das historische »Prinzip« jedoch bei der Schreibung von Fremdwörtern in Erscheinung, die noch immer vielfach so wie in den Sprachen geschrieben werden, aus denen sie stammen. Und wie das bisher Dargelegte deutlich macht, wird gerade der in der »Vorlage« unternommene halbherzige Versuch, auch ihre Schreibung etwas stärker an die Regeln der deutschen Rechtschreibung anzupassen, mit den kuriosesten Begründungen abgelehnt.

Es gibt jedoch noch zwei Kriterien, die in der gegenwärtigen Kontroverse keinerlei Rolle spielen, ohne deren Beachtung von einer tatsächlichen Reformierung der deutschen Orthographie aber keine Rede sein kann. Ich meine das ökonomisch-ökologische und das, wie ich es nennen möchte, internationale.

Ersteres figuriert zwar in der allgemeinen Literatur zur Orthographie, aber meist in nur sehr abstrakter Form. Dieter Nerius beispielsweise nennt in seinem Artikel *Sprachwissenschaftliche Grundlagen einer Reform der deutschen Orthographie*<sup>53</sup> unter den möglichen Auswirkungen einer Rechtschreibreform, die es zu bedenken gälte, auch »ökonomische und technische«<sup>54</sup>, läßt aber offen, was er damit meint.

Mir geht es hier um einen ganz konkreten Aspekt, nämlich um den Umfang des einem Phonem des Deutschen bei der Schreibung zuzuordnenden Graphems. Viele von ihnen bestehen bekanntlich nicht aus einem, sondern aus zwei und in einigen Fällen sogar aus drei Buchstaben, obwohl dafür keinerlei objektive Notwendigkeit zu erkennen ist. Man kann auszählen, wieviel überflüssige Buchstaben ein beliebiger deutscher Text enthält. Im Durchschnitt sind es mindestens 8 Prozent.<sup>55</sup> Das ist auch ein entsprechender Prozentsatz bei der Produktion des Textes verschwendeter Zeit bzw. sinnlos vergeudeten Papiers. Bei der Papierflut, die Tag für Tag die Briefkästen deutscher Haushalte überschwemmt, könnte man sogar ausrechnen, wieviel Wald dieser Mißachtung von Ökonomie und Ökologie durch die Verhinderung einer wirklich durchdachten Reform der Orthographie Tag für Tag zum Opfer fällt.

Die Ignorierung des internationalen Aspektes ist um so verwunderlicher, als insbesondere Europolitiker nicht müde werden zu beteuern, wie sehr ihnen doch das Zusammenwachsen nicht nur der EU-Mitgliedstaaten, sondern auch ihrer Bürger, sowie die Erhaltung der kulturellen Vielfalt des Kontinents am Herzen liegt. Doch kein Mensch denkt daran, daß damit auch die Reformierung der deutschen Rechtschreibung etwas zu tun haben könnte.

53 In: *Sprachwissenschaftliche Probleme einer Reform der deutschen Orthographie* (I). Linguistische Studien des Zentralinstituts für Sprachwissenschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR, Reihe A, Heft 23, Berlin 1975, S. 1-38.

54 Ebenda, S. 28-30.

55 Von den ersten 5.000 Buchstaben dieses Artikels z.B. (Fußnoten nicht mitgerechnet) sind in diesem Sinne 449 (= 8,98 Prozent) überflüssig. Im »Ausblick« sind es 199 von 1.967 (= 10,1 Prozent). Der Durchschnitt betrüge 9,3 Prozent.

Die »Reformer«, Experten und »zuständige Politiker«, tun so, als gäbe es außer dem Deutschen nur noch Englisch und Französisch bzw. die »toten« Sprachen Altgriechisch und Latein, und auch das nur, um den Widerstand gegen eine rationelle, phonologische Schreibung der Fremdwörter zu begründen, die zum größten Teil aus diesen vier Sprachen stammen. Dies entspricht auch der realen Sprachenpolitik der EU, die Englisch und Französisch als Arbeitssprachen favorisiert, obwohl nach den Verträgen alle offiziellen Sprachen der Mitgliedstaaten gleichberechtigte Amts- und Arbeitssprachen der Gemeinschaft sind. Neuerdings gibt es bei BRD-Vertretern außerdem Bemühungen um eine Gleichprivilegierung auch des Deutschen als Arbeitssprache.<sup>56</sup> Da die EU-Sprachenpolitik nicht Gegenstand dieses Beitrages sein kann<sup>57</sup>, sei nur darauf verwiesen, daß es unter den verschiedenen Projekten für eine praktikable EU-Sprachenpolitik auch die Konzeption der sogenannten passiven Mehrsprachigkeit gibt. Danach sollte jeder seine Muttersprache sprechen können und vom Gesprächspartner, der diese Sprache nicht aktiv beherrscht, wenigstens verstanden werden. Insgesamt ist dies eine illusionäre Vorstellung. Dennoch sollte es jedem EU-Bürger erleichtert werden, so viele Sprachen wie möglich zu erlernen, wo immer sich eine Gelegenheit dazu bietet. Zu den Erleichterungen würde auch gehören, daß eine möglichst weitgehende Übereinstimmung der Grundlagen der Orthographien dieser Sprachen hergestellt würde.

Dabei müßten in der Perspektive natürlich auch Anglophone und Frankophone von ihren hohen Rössern herabsteigen und endlich dem Gedanken nahetreten, daß die Absurditäten ihrer Orthographien nicht für ewige Zeiten erhalten bleiben können. Die Deutschsprachigen, die sich nicht selten mit der zahlenmäßigen Stärke ihrer Sprachgemeinschaft brüsten und sich ebenfalls mit einer von Ungereimtheiten geradezu strotzenden Rechtschreibung belastet haben, könnten aber eine Vorreiterrolle übernehmen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Bevor nun dargelegt werden soll, wie eine nach gründlicher gesellschaftlicher Diskussion, die sich vermutlich über viele Jahre hinziehen wird, einzuführende und auf wissenschaftlichen Kriterien basierende rationelle deutsche Orthographie konkret aussehen könnte, wäre noch zu klären, an den Interessen welches Nutzers die Rechtschreibung zu orientieren wäre. Theodor Ickler vertritt in seiner in Anmerkung 17 zitierten Broschüre die These: »Die Orientierung an den Bedürfnissen des Lesers ist der Schlüssel zum Verständnis der Rechtschreibung und zur Beurteilung der Rechtschreibreform. Jeder von uns liest tausendmal mehr, als er schreibt.«<sup>58</sup> Einmal abgesehen von der im Zeitalter von Fernsehen und Bildzeitung sicher nicht der Realität entsprechenden Proportion 1:1000, zumal bei »jedem«, halte ich diese These für einen fundamentalen Trugschluß. Abweichungen von der verordneten orthographischen Norm, seien es Fehler oder Absicht, beeinträchtigen die Lesbarkeit nicht ernsthaft. Sie stören auch kaum. Oft bemerkt sie auch ein die Rechtschreibung im großen und ganzen beherrschender Leser überhaupt nicht. Die Orthographie muß aber für jeden leicht erlernbar sein<sup>59</sup>, der die zu schreibende Sprache

56 Ausführlicher hierzu s. *Sprache zwischen Markt und Politik. Über die internationale Stellung der deutschen Sprache und die Sprachenpolitik in Europa* (Loccumer Protokolle 1/94), u.a. meinen Diskussionsbeitrag S. 247f.

57 Hierzu Näheres in meinem Artikel *Sprachpolitik in supranationalen politischen Gebilden*, in: Wolfgang W. Moelleken, Peter J. Weber (eds.) *Neue Forschungsarbeiten zur Kontaktlinguistik*, Bonn 1997: Dümmler, S. 339-347 sowie in der dort angegebenen Literatur.

58 Einen am 1. August 1997 im *Neuen Deutschland* veröffentlichten Beitrag beginnt er: »Wir lesen tausendmal mehr als wir schreiben. Die Rechtschreibung muß sich folglich an den Interessen des Lesers orientieren. Sie hat sich auch im Laufe der Jahrhunderte stets in diesem Sinne entwickelt und dabei sehr fein ausdifferenziert.«

59 Diesen Aspekt betont auch Heinz Zangerle in seinem Aufsatz »Schluss mit den Diktatkatastrofen?« im Oktoberheft von *Psychologie heute* (S. 34-37).

beherrscht oder erlernt. Sie muß so konstruiert sein, daß jedes durchschnittlich intelligente Kind ihre Regeln an der eigenen Sprachkompetenz zu überprüfen vermag. Das muß nicht bedeuten, daß jeder, der schreiben lernt, auch tatsächlich Hochdeutsch spricht. Die Kenntnis dessen, wie eigentlich zu sprechen wäre, kann jedenfalls beim heutigen Stand der innerdeutschen Kommunikation vorausgesetzt werden.

Dies bedeutet, daß einer echten Reform nur das phonologische und, hinsichtlich Zusammen- und Getrennschreibung, das grammatische Prinzip zugrunde liegen kann. Zu berücksichtigen sind dabei unbedingt auch der ökonomisch-ökologische und der internationale Aspekt. Das semantische Prinzip – in ideographischen oder Hieroglyphenschriften unvermeidlich – hat in einer Buchstaben verwendenden Rechtschreibung nichts zu suchen.

Was als müßte geschehen, um die charakterisierten Prämissen in die Tat umzusetzen?

### *Erstes Postulat*

Da keine Sprache, natürlich auch die deutsche nicht, unterschiedliche »kleine« und »große« Laute kennt, sind Großbuchstaben abzuschaffen. Von den Benutzern der zahlreichen Buchstabenschriften, die es gibt<sup>60</sup>, leisten sich lediglich die von vier den Luxus besonderer Großbuchstaben. Es sind dies die griechische, die beiden von dieser abstammenden Alphabete, das lateinische und das kyrillische, und die armenische Schrift. Von diesen ist allerdings das lateinische Alphabet durch die jahrhundertlange Expansions- und Kolonialpolitik europäischer Mächte in alle Ecken und Enden der Erde verpflanzt worden, und die kyrillische Schrift ist nicht mehr nur bei den traditionell orthodox-christlichen Slawen in Gebrauch, sondern mit Ausnahme der Balten, der rumänischsprachigen Bewohner der Republik Moldova<sup>61</sup>, der Armenier und Georgier sowie der noch jiddisch schreibenden Juden bei fast allen einstigen Untertanen der russischen Zaren und ihrer Moskauer Nachfolger.

Irgendwelche rationalen Argumente für die Verwendung besonderer Großbuchstaben gibt es nicht. Wenn konsequente Kleinschreibung praktiziert wird, fällt dies dem Leser kaum auf. Auch für das Deutsche gibt es beachtliche Beispiele. So gab die Bücher-gilde Gutenberg Berlin 1931 den Titel *sport und arbeitersport* eines Autors *helmut wagner* heraus und stellte ihm das Motto voran: »dieses buch wurde mit zustimmung des autors in kleinbuchstaben gesetzt. es soll freunden und gegnern der vielfach unstrittenen kleinschreibung gelegenheit zur klärung ihres standpunktes geben.«

Auch wer jiddische Texte herausgibt, diese im Interesse an die Lateinschrift gewöhnter Leser transliteriert und dabei ausschließlich Kleinbuchstaben verwendet, weil die hebräische Schrift keine Großbuchstaben kennt, braucht nicht, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, mit Protesten zu rechnen.

Die Großschreibung ist nicht nur Ursache der meisten orthographischen, sondern auch ständiger Tippfehler. Wie unpraktisch die Großschreibung rein technisch ist, weiß jeder, der viel mit

60 Hans Jensen nennt in seinem Buch *Die Schrift* (Reprint der 3. Auflage, Berlin 1969: VEB Verlag der Wissenschaften, S. 35) allein für indische Alphabete eine Zahl von 200.

61 Bei diesem Volk allerdings erst seit wenigen Jahren wieder. Als Bessarabien und die Nordbukowina 1940 im Gefolge des Hitler-Stalin-Paktes von der Sowjetunion annektiert wurden, mußten die per Dekret zu »Moldowanen« gemachten rumänischsprachigen Bewohner dieser Gebiete die seit 1860 für die Schreibung der rumänischen Sprache verwendete Lateinschrift wieder für über 40 Jahre mit der schon früher bei ihnen in Gebrauch gewesenen kyrillischen vertauschen.

dem Computer schreibt. Ein falscher Tastendruck, und ganze Zeilen erscheinen plötzlich, wenn man nicht rechtzeitig auf den Monitor schaut, nur in Großbuchstaben und müssen neu geschrieben oder mittels spezieller Programme umgewandelt werden.

Die mit dem »grammatischen Prinzip« motivierte Großschreibung der Substantive ist ein Anachronismus sondergleichen. Über ihre Ursachen schreibt Dieter Nerius ziemlich nebulös: »Eine Erklärung für die von allen vergleichbaren Sprachen abweichende Sonderentwicklung des Deutschen ... kann mit letzter Sicherheit bis heute nicht gegeben werden... Nach allem, was wir gegenwärtig wissen, ... ergab sich diese Besonderheit vor allem aus einem komplizierten Wechselspiel zwischen den Entwicklungstendenzen des Sprachgebrauchs (Schreibgebrauchs) einerseits und den Normierungsbemühungen der Grammatiker andererseits im Zeitraum vom 16. bis zum 18. Jahrhundert.«<sup>62</sup>

Völker, die wie Niederländer und Skandinavien, Esten, Letten, Ungarn, Slowaken, Tschechen, Kroaten, Slowenen, Kaschuben und Sorben jahrhundertlang dem erdrückenden Einfluß deutscher oder deutschsprachiger Oberschichten ausgesetzt waren, übernahmen teilweise mit der »deutschen« Schrift auch diese Unsitte. Die letzten von ihnen, die sich dem ansonsten schon weltweit durchgesetzten Trend anschlossen und der unseligen deutschen Tradition den Rücken kehrten, die Dänen, taten dies gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Andere wagten diesen Schritt im Zuge ihrer nationalen Wiedergeburt schon vor dem 20. Jahrhundert.

Es ist erfreulich, daß unter den in der Kontroverse um die »Reform« gemachten und teilweise bereits zitierten konkreten Vorschlägen die zur Kleinschreibung an erster Stelle stehen. Auch der internationale Aspekt klingt manchmal an.<sup>63</sup> Allerdings bleibt dabei meist offen, ob an die »gemäßigte« Kleinschreibung oder an die generelle Abschaffung der Großbuchstaben gedacht ist. Etwa wenn eine Buchhändlerin in der *BZ* vom 31. Juli 1997 schreibt: »Ich würde... » die Großschreibung abschaffen«. Irrationale Plädoyers für die Beibehaltung sind selten.<sup>64</sup>

Ließe sich die hier geforderte Abschaffung der Großbuchstaben durchsetzen, könnten die über 18 Seiten umfassenden Regeln des Kapitels D der »Vorlage« ersatzlos gestrichen werden.

### *Zweites Postulat*

Nur Lautfolgen, die in der *Sprache* nicht durch andere Wörter »auseinandergerissen« werden können, werden zusammengeschieden. In dieser Hinsicht gibt es in der »Vorlage« ausnahmsweise einige echte Fortschritte. Nur sind sie nicht ausreichend wissenschaftlich begründet und inkonsequent realisiert.

Inkonsequent bleibt auch Kritiker Ickler<sup>65</sup>, der das Problem eigentlich korrekt benennt, aber sich nicht aus dem Bann seines eigenen Trugschlusses von der obligatorischen Leserorientiertheit der Orthographie lösen kann. So stellt er unter Berufung auf den Syntaktiker Drach, der die Frage schon vor Jahrzehnten »höchst schwungvoll« behandelt habe, dann aber wieder vergessen worden sei, in bezug auf das »berühmt-berüchtigte« Problem der »trennbar

62 *Untersuchungen zu einer Reform der deutschen Orthographie auf dem Gebiet der Groß- und Kleinschreibung (GKS)*, in: *Sprachwissenschaftliche Untersuchungen zu einer Reform der deutschen Orthographie* (I), Linguistische Studien des Zentralinstituts für Sprachwissenschaft der Akademie der Wissenschaften der DDR, Reihe A, Heft 83/II, Berlin 1981, S. 1-67. Das angeführte Zitat steht S. 5.

63 Im *Neuen Deutschland* vom 5. August 1996 schreibt ein Leser: »Irgendwo habe ich als Begründung für die Beibehaltung der Großschreibung gelesen, es sei das einzige nationale Identitätsmerkmal für die deutsche Sprache. Kleinkarrierter geht's wohl nicht?«

64 So vertritt eine Leserin im *ND* vom 15. Juli 1996 den Standpunkt, die »Experten der Wiener Vereinbarung« hätten die Kleinschreibung der Substantive nicht verhindert, sondern gewußt, »daß das überhaupt nicht geht. Die deutsche Sprache ist für durchgehende Kleinschreibung einfach nicht geeignet.« Am 17. Dezember 1996 schreibt ein Leser in der gleichen Zeitung gar: »Und was... den Ausblick... in Richtung Großschreibung anlangt, so möge sich... eine breite demokratische Öffentlichkeit schützend vor dieses schöne Charakteristikum der deutschen Rechtschreibung stellen.«

65 *Die Rechtschreibreform auf dem Prüfstand*, S. 9-22.

zusammengesetzten Verben« völlig richtig fest, daß wir mit ihnen »in der gesprochenen Sprache nicht die geringsten Schwierigkeiten haben«, daß sie aber »den Schreibenden manchmal Kopfzerbrechen bereiten«. Es handele sich auch gar nicht um wirkliche Zusammensetzungen. Denn »Zusammensetzungen, die nur in bestimmten Stellungen als Zusammensetzungen auftreten ... kann es eigentlich gar nicht geben«. Es wäre zwar »grundsätzlich möglich, den gordischen Knoten einfach durchzuhauen, Getrenntschreibung für alle Fälle vorzuschreiben und damit das ›fürchterliche Gespenst‹ (Drach) der trennbaren Verben ein für allemal zu bannen«. Doch davor schreckt Ickler zurück, denn dies wäre »ein großer Verlust für den Leser«.

Da die Rechtschreibung jedoch nicht für den Leser, sondern für den Schreiben Lernenden bestimmt sein sollte, ist es zweifellos ein Fortschritt, wenn wenigstens »trennbare Verbzusammensetzungen« mit einem Infinitiv als erste Komponente nach der »Vorlage« grundsätzlich getrennt geschrieben werden sollten. Also *kennen lernen*, aber auch *sitzen bleiben*, unabhängig davon, ob 'nicht aufstehen' oder 'die Klasse wiederholen müssen' gemeint ist. Denn nur in bestimmten Positionen steht der abhängige Infinitiv vor dem zweiten Verb. Sätzen wie *Wenn du nicht endlich aufhörst zu faulenzeln, wirst du sitzen bleiben* oder *Bei Ihrem Alter können Sie ruhig sitzen bleiben*, bei denen im übrigen auch die jeweilige Bedeutung von *sitzen bleiben* absolut eindeutig aus dem Kontext hervorgeht, stünden also mit obligatorisch veränderter Wortfolge gegenüber: *Du bleibst mit diesem miserablen Zeugnis bestimmt sitzen* bzw. *Bleiben Sie doch bitte ruhig sitzen*.

Ansonsten aber soll das bisherige vom semantischen Prinzip dominierte Chaos mit geringfügigen »Verböserungen«, auf die noch zurückzukommen ist, erhalten bleiben. Insonderheit soll Drachs »fürchterliches Gespenst« weiter durch die deutsche Orthographie spuken.

Wie absurd deren Festlegungen in dieser Hinsicht sind, sei an einem besonders anschaulichen Beispiel illustriert. So besitzt der Infinitiv des Verbs in der deutschen Gegenwartssprache eine sogenannte, wie die Grammatiker sagen, kombinatorische Variante, die das Präfix *zu-* enthält. Während z.B. eine Verbindung mit den Modalverben *wollen*, *können*, *müssen* oder die Futurform den einfachen Infinitiv enthält (*ich will/kann/muß es machen*, *ich werde es machen*), erfordert beispielsweise eine Verbindung mit den Modalverben *brauchen*<sup>66</sup> oder *vermögen*, mit den Hilfsverben *sein* oder *haben* bzw. die Verwendung in mit *ohne* oder *um* eingeleiteten sogenannten verkürzten Nebensätzen obligatorisch den »Infinitiv mit *zu*« (*ich brauche/vermag es nicht zu machen*; *das ist zu machen*, *das habe ich zu machen*; ...*ohne/um es zu machen*). Bei diesem *zu* handelt es sich jedoch im heutigen Deutschen um ein Präfix, das nie betont ist<sup>67</sup> und durch keinerlei andere Wörter vom Verbstamm getrennt werden kann. Da sich dieses Präfix *zu-* jedoch aus einer den Dativ regierenden Präposition entwickelt hat, die sich auch im Mittelhochdeutschen noch mit einer besonderen Dativform des Infinitivs verbinden konnte (z. B. *ze machenne* 'zu machen'), darf es nach den Regeln der deutschen

66 Zumindest im Hochdeutschen, für das die Paukerregel gilt: »Wer *brauchen* ohne *zu* gebraucht, braucht *brauchen* gar nicht *zu* gebrauchen«. Aber auch in nicht wenigen Mundarten und landschaftlichen Umgangssprachen. Die Regel gilt nicht für das Berlinische.

67 In der Umgangssprache wird es deshalb meist *zu* reduziert.

Rechtschreibung nicht mit dem Verb zusammengeschrieben werden. Demgegenüber muß die stets betonte »Partikel«<sup>68</sup> *zu* mit dem Verb zusammengeschrieben werden, obwohl dieses *zu* nur in bestimmten Kontexten überhaupt vor diesem steht und durch nahezu beliebige andere Wörter und sogar durch ganze Nebensätze von ihm getrennt (*Du mußt die Tür zumachen*, aber *Ich mache die Tür jeden Tag*, wenn du sie offen stehen lassen hast, selbst wieder zu) bzw. mit anderen »Partikeln« des gleichen Typs koordiniert sein kann (*die Tür zu- und wieder aufmachen*). Eine den Regeln der deutschen Grammatik entsprechende Schreibung, deren Richtigkeit jeder durchschnittlich begabte Grundschüler an seinem eigenen Sprachgebrauch überprüfen könnte, wäre also: *die Tür zu und wieder auf machen – die Tür ist zu zumachen*.

Bei Realisierung dieser Schreibweise würden die dreieinhalb Seiten ausmachenden Paragraphen 33-35 von Kapitel B der »Vorlage« vollkommen überflüssig.

Natürlich blieben auch dann noch manche Probleme der Getrennt- und Zusammenschreibung. Denn die sogenannte Univerbierung, das Zusammenwachsen von Wortverbindungen zu einem Wort, ist in der Entwicklung des Deutschen eine Realität. Eindeutigstes Kriterium dafür ist das Fugen-*s* in Wörtern wie *erwähnenswert*, *verurteilungswürdig*, *verbesserungsbedürftig*, *krankheitshalber*, *Lebenswerk* usw. Fehlt dieses formale Merkmal, ergeben sich gewisse Schwierigkeiten insbesondere bei Zusammensetzungen mit Adjektiven oder Partizipien, denen auch Wortverbindungen entsprechen können. Ob Adjektive wie *meterhoch* oder *fingerbreit*, der Form nach partizipiale Bildungen wie *bahnbrechend* oder *herzerquickend* angesichts von *viele Meter hoch*, *zwei Finger breit*; *sich eine Bahn brechen*, *das Herz erquickend* tatsächlich echte Komposita sind, ist nicht auf Anhieb zu entscheiden. Dennoch lassen sich bestimmte Kriterien ermitteln, die dies nicht nur wahrscheinlich machen. Etwa wenn in Sätzen wie *Die Bäumchen sind nur meterhoch*; *Der Spalt ist nur fingerbreit* mittels *nur* signalisiert wird, daß *meterhoch*, *fingerbreit* bedeutungsgleich ist mit *einen Meter hoch*, *einen Finger breit*. Denn Substantive wie *Meter* oder *Finger* können im Singular nicht ohne Artikel gebraucht werden. Bei *bahnbrechend* und *herzerquickend* beweist die Möglichkeit der prädikativen Verwendung<sup>69</sup> (*etwas ist bahnbrechend*, *herzerquickend* gegenüber nicht möglichem *jemand ist artikelschreibend*) bzw. der Steigerung (*etwas ist noch herzerquickender*), daß es sich nicht mehr um Partizipien, sondern bereits um zusammengesetzte Adjektive handelt.

Solche Entscheidungen können natürlich nicht dem das Schreiben erst erlernenden Schüler zugemutet werden. Hier sind vorgegebene Regeln und Wörterverzeichnisse unvermeidlich. Sie könnten jedoch nach Wegfall der Großbuchstaben und grundsätzlicher Getrenntschreibung des in der Sprache Trennbaren wesentlich einfacher sein.

Manche diesbezügliche Entscheidungen der Autoren der »Vorlage« stellen indes, wie bereits erwähnt, »Verböserungen« dar. Etwa wenn die nach den hier genannten Kriterien als echte Adjektive anzusehenden Komposita *aufsehenerregend* oder *vertrauener-*

68 So tatsächlich in der »Vorlage«, S. 36ff. In Wirklichkeit handelt es sich bei diesem Wort längst um ein Adjektiv, das nicht nur prädikativ (*Die Tür ist/bleibt zu*), sondern in der Umgangssprache sogar attributiv verwendet werden kann (*die zue Tür*).

69 Dieses Kriterium bleibt im ansonsten in dieser Hinsicht recht informativen § 36 der »Vorlage« unerwähnt.

*weckend* (man vergleiche: *etwas ist aufsehererregender/vertrauen-erweckender*) künftig *Aufsehen erregend*, *Vertrauen erweckend* geschrieben werden sollen.

70 »Vorlage«, S. 45.

Überhaupt nicht einzusehen ist auch, wieso es eine hochqualifizierte Expertenkommission hinsichtlich der Interpretation einer problematischen Verbindung dem Schreibenden überlassen möchte, »ob er sie als Zusammensetzung oder als Wortgruppe verstanden wissen will«.70 Es handelt sich dabei u.a. um prädikative Bildungen wie *außerstande (sein)*, *instande (sein)*, *instand (setzen)*, *zugrunde (gehen/richten)*, *(jemandem wie) zumute (sein)*, die bisher zu Recht als Wörter angesehen wurden und zusammenschreiben waren.

### Drittes Postulat

71 Bei der folgenden Darstellung von Phonem-Graphem-Entsprechungen erscheinen Großbuchstaben nur in Wortbeispielen.

Jedem Phonem sollte nur ein einziger, und zwar stets derselbe Buchstabe entsprechen. Das hat auch für Fremdwörter zu gelten. Die einzige zulässige Einschränkung käme für nur sehr selten in Fremdwörtern vorkommende Phoneme in Frage, die ausnahmsweise auch mit zwei Buchstaben geschrieben werden könnten, etwa für die in genuin deutschen Wörtern fehlende stimmhafte Affrikate, die im Englischen mit *j* oder *(d)g*<sup>71</sup> wie in *job*, *German*, *judge* wiedergegeben wird. Auf welche Weise dies geschehen könnte, ist im weiteren noch zu erörtern.

Nach der heute geltenden deutschen Orthographie werden jedoch den meisten deutschen Phonemen mehrere unterschiedliche Buchstaben bzw. Buchstabenkombinationen zugeordnet.

Von den Konsonanten schießt dabei /k/ den Vogel ab. Neben der in § 22 der »Vorlage« angegebenen »grundlegenden Laut-Buchstaben-Zuordnung« *k* kommt die Schreibung mit *kk* (*Mokka*, *Sakko*), *c* (*Café*, *Computer*, *Cousin*), *ch* (*Charakter*, *Chlor*; *Luchs*, *wachsen*), *ck* (*Stück*, *Acker*), *cch* (*Zucchini*), *q* (*quälen*, *Quelle*), *qu* (*Mannequin*, *Queue*) vor. Zur Wiedergabe der Verbindung von /k/ und /s/ wird in manchen Wörtern (z.B. in *Axt*) außerdem der Buchstabe *x* verwendet. Alles in allem also nicht weniger als neun verschiedene Zuordnungen.

Bei den langen Vokalen bringen es zwei Phoneme, nämlich /e:/ und /i:/, auf acht bzw. sieben Entsprechungen. Es gelten: für /e:/ – *e* (*eben*), *ee* (*Beet*), *eh* (*mehr*), *er* (*Atelier*), *et* (*Budget*), *é* (*Attaché*), *a* (*Lady*), *ai* (*Cocktail*); für /i:/ – *i* (*Lid*), *ie* (*Lied*), *ih* (*ihm*), *ieh* (*Vieh*), *y* (*Baby*), *ea* (*Jeans*), *ee* (*Spleen*). Als »Grundzuordnungen« werden für /i:/ in § 1 der »Vorlage« gleich zwei Entsprechungen angegeben: *ie* »in einheimischen Wörtern« und *i* »in Fremdwörtern«.

Wie die Beispiele zeigen, kommen die von der »Grundzuordnung« abweichenden Schreibungen keineswegs nur in Fremdwörtern vor.

Ein durch nichts zu rechtfertigendes Unding ist es z.B., daß das Phonem /f/ völlig unmotiviert nicht nur mit *f* oder *ff*, sondern im Wurzelanlaut einiger Wörter und im Präfix *ver-* auch mit *v* geschrieben wird. Und das sogar in ein und derselben Wurzel wie in *voll*, *völlig*, gegenüber *füllen*, *Fülle*. Eine Begründung der Schreibung des Phonems /f/ mittels *ph*<sup>72</sup> in Wörtern griechischer Herkunft

72 Der griechische Buchstabe mit dem Namen *phi* bezeichnete in der Zeit, in

mit deren »Fremdheit« ist angesichts von *Foto(-)/foto-, -graf(ie), -fon-* auch längst untergraben. Die Schreibung von /f/ mit *ph* wäre also grundsätzlich abzuschaffen. Mit einer modernen phonematischen Orthographie ist sie völlig unvereinbar.

Weitere gravierende Verstöße gegen das phonologische und/oder das ökonomisch-ökologische Prinzip wäre bei den Konsonanten die Schreibung des stimmlosen dentalen Zischlauts mit *sch* (*schön*), *s* (*spitz oder steif*), *ch* (*Chance*) oder *sh* (*Shop*) bzw. des Phonems /s/ mit *s* (*Bus*), *ss* (*Busse*), *ß* (*Buße*) oder *c* (*City*).

Von kurzen Vokalen wären zu nennen: *e* (*Lerche*), *ä* (*Lärche*), *ê* (*Crêpe* [fakultativ auch *Krepp*]), *ai* (*Saison*) oder *a* (*Gag*) für /e/; *u* (*um*) oder *ou* (*souverän*<sup>73</sup>) für /u/; *ö* (*öffnen*), *e* (*Service*), *u* (*surfen*) für /ö/.

Größer ist die »Vielfalt« naturgemäß bei den Langvokalen, da eine Markierung der Länge-Kürze-Opposition, wenn überhaupt, meist durch Kennzeichnung der Länge vorgenommen wird, allerdings auf völlig unzureichende und chaotische Weise, so daß alle Phoneme mindestens drei Graphemansprechungen haben. So entspricht: /a:/ – *a* (*Abend*), *aa* (*Aal*), *ah* (*Ahle*), *at* (*Etat*); /o:/ – *o* (*oben*), *oo* (*Zoo*), *oh* (*hohl*), *au* (*Sauce*), *eau* (*Niveau*), *ot* (*Depot*); /u:/ – *u* (*Ufer*), *uh* (*Uhr*), *ou* (*Route*), *oo* (*Boom*) *ew* (*Interview*); /ö:/ – *ö* (*hören*), *öh* (*Höhle*), *eu* (*Milieu*); /ü:/ – *ü* (*üben*), *üh* (*fühlen*), *üt* (*Debüt*), *ue* (*Revue*), *y* (*Analyse*).

Neben der Markierung der Länge gibt es jedoch auch noch die nach dem ökonomisch-ökologischen Prinzip absolut unvertretbare Konsonantenverdoppelung zur Bezeichnung der Kürze des vorausgehenden Vokals wie in *Ebbe*, *Suppe*, *Paddel*, *Bitte*, *Egge*, *Sakko*, *Affe*, *essen*, *Pizza*, *kommen*, *Sonne*, *Fall*, *Herr*. Statt nur ausnahmsweise in Fremdwörtern verwendetem *kk* und *zz* werden jedoch die Buchstabenkombinationen *ck* und *tz* wie in *Stück*<sup>74</sup> oder *Katze* gebraucht.

Nicht selten wird dabei bei Wortpaaren, die sich einzig und allein durch die Quantität des Wurzelvokals unterscheiden, völlig überflüssigerweise sowohl die Länge als auch die Kürze gekennzeichnet, wie in *Saat* – *satt*, *Beet* – *Bett*, *biete* – *bitte*, *Sohle* – *solle*, *Stuhle* – *Stulle*, *Höhle* – *Hölle*, *fühlen* – *füllen*.

Ad absurdum geführt wird die Doppelkonsonantenschreibung zur Bezeichnung der Kürze des vorausgehenden Vokals bei der Worttrennung am Zeilenende, so wie sie im Kapitel F der »Vorlage« dargestellt ist. Nach § 107 trennt man »geschriebene Wörter« am Ende einer Zeile so, »wie sie sich bei langsamem Sprechen in Silben zerlegen lassen«. Als Beispiele figurieren in § 108 u.a.: *sit-zen*, *Städ-te*, *Bag-ger*, *Wel-le*, *Kom-ma*, *ren-nen*, *Pap-pe*, *müs-sen*. Daß die Verfasser der Vorlage ein solches Verfahren selber nicht ernst nehmen, ist daran zu erkennen, daß sie hinsichtlich *ck*, das aufgrund einer willkürlichen Entscheidung früherer Orthographieexperten für *kk* steht und bei Trennung am Zeilenende auch *k-k* geschrieben werden muß, in § 109 kurzerhand verfügen, es sei so wie *ch*, *sch*, *ph*, *rh*, *sh* oder *th*, die »für *einen* (Hervorhebung von mir – R. L.) Konsonanten stehen«, überhaupt nicht zu trennen.<sup>75</sup> Danach entspräche also die Silbenstruktur eines Wortes seiner von Fall zu Fall willkürlich festgelegten Schreibung.

der die meisten der in den heute häufig verwendeten Internationalismen enthaltenen griechischen Wortstämme entstanden, den behauchten Verschußlaut /p/. Die Wiedergabe mit *ph* in der lateinischen Transkription entsprach somit damals genau dieser Aussprache. Nachdem sich jedoch Jahrhunderte später daraus der Reibelaut /f/ entwickelt hatte, verlor diese Schreibung jeden Sinn.

73 Ein aufschlußreiches Beispiel für die Inkonsistenz deutscher Reformansätze: die französische Schreibung *ai* für offenes /e:/ wird durch *ä* ersetzt, *ou* für /u/ dagegen beibehalten.

74 Lediglich bei der Worttrennung am Zeilenende wäre z.B. *Stük-ke* zu schreiben. Dies soll nach der nach § 109 der »Vorlage« künftig in *Stü-cke* geändert werden.

75 Besonders kurios ist das Beispiel *beis-sen*, das ebenfalls in § 108 figuriert

und nach dem in Klammern hinzugefügt wird »wenn ss statt ß«. In § 25 dient jedoch auch *beißen* zur Illustration der Regel: »Für das scharfe (stimmlose) s nach langem Vokal oder Diphthong schreibt man ß, wenn im Wortstamm kein weiterer Konsonant folgt.«

76 Im Vorwort zur »Vorlage« liest sich das S. 7 so: »Die (regelgeleitete) Zuordnung von Lauten und Buchstaben soll es ermöglichen, jedes geschriebene Wort zu lesen und jedes gehörte Wort zu schreiben«. Der unbefangene Leser ist versucht, eine solche Behauptung als Hochstapelei oder Roßtäuscherei anzusehen.

77 Die Frage, ob in Wortpaaren wie *Beeren - Bären, Ehre - Ähre, Schere - Schäre, Schemen - schämen* usw. die Buchstaben *e* und *ä* tatsächlich zwei unterschiedliche Phoneme repräsentieren, von denen *e* lang und eng, *ä* dagegen lang und weit auszusprechen wäre, soll hier unerörtert bleiben. Die regionale Aussprache solcher Dubletten schließt eine andere Interpretation zumindest nicht aus.

78 In dieser Sprache wird damit ein /k/ »verwandter« palataler Verschlusslaut bezeichnet.

79 Lediglich Rumänen und Türken verwenden zu diesem Zweck die aus dem Französischen oder Portugiesischen übernommene sog. Cedille unter dem s.

Kehrseite der willkürlichen und chaotischen Schreibweise nahezu aller Phoneme ist die völlig unterschiedliche Lautung vieler Buchstaben und Buchstabenverbindungen, die natürlich das Lesen ungemein erschwert und zu falscher Aussprache verleitet, auf die hier aber nicht weiter eingegangen werden soll.

Charakteristisch sind für die deutsche Rechtschreibung somit Dutzende von völlig überflüssigen Regeln, von denen jede noch die abwegigsten Ausnahmen zuläßt. Von der in Arbeiten zur deutschen Orthographie immer wieder behaupteten phonematischen Grundlage<sup>76</sup> kann jedenfalls keinerlei Rede sein.

Klar ist natürlich, daß die 26 Buchstaben des lateinischen Alphabets nicht ausreichen, um jedem der im Deutschen als selbständige Phoneme existierenden 14 Vokale<sup>77</sup> (ohne Diphthonge) und mindestens 19 Konsonanten einen besonderen Buchstaben zuzuordnen. Wenn also die Maxime »ein Phonem – ein Buchstabe« wenigstens für die im Deutschen häufig vorkommenden Laute durchgehalten werden soll, wird auch unsere Rechtschreibung ohne die so manchem verhaßten diakritischen Zeichen über oder unter den vorhandenen Buchstaben nicht auskommen. Für die sog. Umlaute haben wir sie in Gestalt der beiden Pünktchen über *a, o, u* ohnehin schon, ohne daß sich jemand darüber aufregt. Bei der Wahl neuer diakritischer Zeichen wäre das internationale Prinzip zu berücksichtigen.

Da die Buchstaben *x* und *q* ihre Funktion verlören, wenn das Phonem /k/ nur noch mit *k* geschrieben würde, könnte *x* zur Wiedergabe des nach der heutigen Orthographie mit *ch* zu schreibenden Phonems /x/ verwendet werden. In wissenschaftlichen Umschriften wird dieses Phonem, das nach hinterem Vokal (*Nacht, mochte, Buch*) als »ach-Laut«, nach vorderem Vokal und /l/, /n/ oder /r/ (*Nächte, möchte, Bücher, Molch, manch, Arche*) als »ich-Laut« auszusprechen ist, ohnehin meist so bezeichnet (der »ach-Laut« z.B. auch in der »Vorlage«).

Für das *q* fände sich wohl keine Verwendung, denn einen weiteren velaren, dem /k/ ähnlichen stimmlosen Konsonanten besitzt das Deutsche nicht. Die skandinavischen und die lateinisch schreibenden osteuropäischen Sprachgemeinschaften mit Ausnahme der albanischen<sup>78</sup> verzichten ebenfalls auf diesen Buchstaben.

Der bislang am häufigsten mit *sch* geschriebene Zischlaut wird in allen lateinisch geschriebenen slawischen Sprachen mit Ausnahme des Polnischen sowie in den beiden baltischen Sprachen mit dem sog. Haken über dem s, also mit š, bezeichnet.<sup>79</sup> Diese Schreibung wäre auch für das Deutsche zu empfehlen.

Der außer vor *k* (*sinken*) und vor *n* (bei der fakultativ zulässigen Aussprache von *Signal, Signum* usw.) mit der Buchstabenkombination *ng* (*singen*) geschriebene velare Nasal könnte mit *ŋ*, einer Modifikation des Buchstaben *n*, gekennzeichnet werden, wie das ebenfalls in wissenschaftlichen Umschriften – so auch in der »Vorlage« – üblich ist. Das beträfe dann auch Wörter wie *Balkon* oder *Chance* bzw. *Signal* usw.

Der Buchstabe *s* sollte grundsätzlich nur zur Wiedergabe von stimmlosem /s/ verwendet werden. Wie in allen europäischen Lateinschriften mit Ausnahme des Deutschen und Italienischen –

auch in dieser Hinsicht stimmt die »Vorlage« hinsichtlich der Umschrift mit den internationalen Gepflogenheiten überein – sollte *z* ausschließlich den stimmhaften dentalen Reibelaut bezeichnen. Die uns sprachlich nächstverwandten Niederländer und Flamen tun dies ja auch. Das viel geschmähte deutsche Unikum *ß* entfiel damit. Oppositionen des Typs *reißen* – *reisen* würde, die Änderung der Diphthongschreibung einmal vorweggenommen, zu *raisen* – *raizen*.

Die bisherige Funktion von *z* könnte das in allen osteuropäischen Sprachen mit Ausnahme des Türkischen<sup>80</sup> dazu verwendete *c* übernehmen.

Die *tsch* geschriebene Affrikate (*Tscheche, deutsch*) wird zwar von Phonologen im Unterschied zu */c/* nicht als besonderes Phonem anerkannt<sup>81</sup>, könnte aber aus ökonomischen und internationalen Gründen – sie kommt auch bei in unseren Medien ständig zitierten Namen ungemein häufig vor, wird dabei aber meist nicht von *c* unterschieden – mit *c* und diakritischem Haken, also mit *č* geschrieben werden.

Die im Deutschen ursprünglich fehlende stimmhafte Entsprechung zum Zischlaut */š/*, die wie in den Herkunftssprachen mit *j* (*Journal*) oder *g* (*Genie, Garage*) geschrieben wird, wäre nach diesem Vorschlag mit *z* und diakritischem Haken, also *ž*, die entsprechende Affrikate (nach heutiger Orthographie mit *j* wie in *Job*) mit einem *d* davor, also mit *dž*, wiederzugeben.

Schließlich wäre es im Interesse der Ökonomie, zur Wiedergabe von labiodentalem */v/* wie in den meisten europäischen Sprachen, u.a. in den skandinavischen, und wie in Fremdwörtern statt *w* – *v* zu verwenden, also nicht nur *vāze*<sup>82</sup> und *vīrus* zu schreiben, sondern auch statt *Wald* und *wollen* – *vald* und *volen*.

Zur korrekten phonologischen Wiedergabe der Vokale bedarf es im wesentlichen nur eines diakritischen Zeichens zur Kennzeichnung der Vokallänge. Tschechen, Slowaken und Ungarn verwenden dazu Schrägstriche vom Typ des französischen *accent aigu*. Im Ungarischen, das wie das Deutsche auch die »Umlaute« *ö* und *ü* besitzt, die ebenfalls kurz oder lang sein können, wird die Länge mit zwei Strichen statt der Pünktchen gekennzeichnet. Letten und teilweise auch Litauer benutzen waagerechte Striche über dem Vokalbuchstaben.<sup>83</sup> Für das Deutsche wäre diese Variante vorzuziehen.

Um – nicht zuletzt in Oppositionen wie (*der*) *Kaffee* – (*das*) *Café* – die vom normalen deutschen Akzent abweichende Betonung angeben zu können, könnte eine nachder Stammasilbe betonter langer Vokal mit *accent aigu*, ein kurzer mit *accent grave* gekennzeichnet werden. Die angeführte Dublette wäre dann *kafē* – *kafé* zu schreiben. Nach dem hier vorgeschlagenen System würde sich das zweite Wort der Dublette lediglich durch den Akut über dem *e* von der ansonsten einheitlichen Schreibung *kafé* abheben.

Im Interesse einer einheitlichen Längebezeichnung erschiene es sinnvoll, anstatt der Buchstaben *ö* und *ü* solche ohne Pünktchen zu verwenden.<sup>84</sup> Sie könnten nach skandinavischem, insbesondere dänischem, Vorbild durch *ø* und *y* ersetzt werden, die ja schon – auch in der »Vorlage« – in der wissenschaftlichen Umschrift

80 In dieser Sprache dient es zur Wiedergabe des stimmhaften Zischlauts (engl. *j, (d)g*).

81 Siehe W. U. Wurzel in *Grundzüge einer deutschen Grammatik* (Von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Karl Erich Heidolph, Walter Flämig und Wolfgang Motsch), Berlin 1981: Akademie-Verlag, S. 937-940.

82 Zur Bezeichnung der Vokallänge durch waagerechten Strich über dem Vokalbuchstaben siehe die folgenden Absätze.

83 Im Lettischen gilt dies für */a:/, /e:/, /i:/, /u:/*, während */o/* und */o:/* nur in Fremdwörtern vorkommen, in denen die Länge unbezeichnet bleibt. In genuin lettischen Wörtern gibt der Buchstabe *o* den Diphthong */uo/* wieder. Im Litauischen ist diese Art der Längenbezeichnung auf */u:/* beschränkt.

84 Ob für ein offen auszusprechendes */e:/*, wofür heute *ä* verwendet wird, tatsächlich ein zusätzlicher Buchstabe gefunden werden muß, braucht aus den in Anmerkung 77 genannten Gründen hier nicht erörtert zu werden.

figurieren. Letzteres bliebe dann bei der angestrebten radikalen Reform, ohne daß dies eine spezielle Absicht wäre, in den zahlreichen Fremdwörtern erhalten, in denen es nicht wie /i/ oder /i:/ ausgesprochen wird (z.B. in *fysik*, *fÿsiker* oder *analyze*).

Für die Diphthonge wäre wahrscheinlich die Schreibung *au*, *ai* und *oi* die zweckmäßigste. Auf alle Fälle müßte die unsinnige Spaltung in *ai* (*Kai*, *Mai*) und *ei* (*kein*, *mein*) bzw. in *eu* (*Leute*) und *äu* (*Bäume*, *Häuser*) beseitigt werden.

Die Verwirklichung dieser Vorschläge würde allerdings eine gründliche Vorbereitung voraussetzen. Sie wäre unmöglich ohne einen intensiven Meinungsstreit unter Experten, und das nicht innerhalb irgendwelcher Kommissionen hinter verschlossenen Türen. Sie bedürfte vielmehr auch langwieriger öffentlicher Diskussionen auf wirklich wissenschaftlichem Niveau. Und sie würde auch beträchtliche materielle – allerdings einmalige – Investitionen erfordern. Denn es müßte nicht nur das für die Erläuterung und Popularisierung der Reform erforderliche Lehrmaterial verfaßt und veröffentlicht werden. Es würden spezielle Schulungen für Lehrer und Redakteure notwendig. Auch ein nicht geringer Teil des bereits vorhandenen deutschen Schrifttums müßte aktualisiert und neu gedruckt werden.

Dann aber wären die Rechtschreibregeln auf ein Minimum reduziert. Ausnahmen gäbe es keine mehr. Wer Deutsch schreiben lernen muß, könnte endlich aufatmen.

Angesichts der Radikalität einer solchen Maßnahme sollte ihre endgültige Bestätigung in den Staaten, in denen Deutsch offizielle Sprache ist, einem Volksentscheid vorbehalten sein.

Es käme dann aber zu der längst überfälligen echten Reform, wie sie viele andere Sprachgemeinschaften, auch nicht ohne Schwierigkeiten, zum Teil schon im vorigen Jahrhundert hinter sich gebracht haben.

### *Historische Vorbilder*

Wie hier schon mehrfach erwähnt, entwickelt sich die gesprochene Sprache im wesentlichen spontan. Die Sprecher bemerken diese Entwicklung im allgemeinen gar nicht, zumindest nicht sofort<sup>85</sup>. Im Gegensatz dazu ist Rechtschreibung stets Konvention.

Nicht nur die Art der Anwendung einer bestimmten Schrift auf die Schreibung einer Sprache kann von gesellschaftlichen Instanzen, herrschenden Individuen oder Gremien festgelegt bzw. vereinbart werden. Die Schrift selbst ist auswechselbar.

Von den nicht wenigen für die Neuzeit typischen Beispielen seien hier nur zwei angeführt. So wurde die offizielle Sprache des Osmanischen Reiches, die Vorläuferin des heutigen Türkietürkischen, jahrhundertlang mit der für die Struktur der Turksprachen völlig ungeeigneten arabischen Schrift geschrieben. Nach der kemalistischen Revolution wurde diese unter aktiver Beteiligung des Präsidenten Mustafa Kemal (Atatürk) 1928 durch die Lateinschrift ersetzt.

Seit die zahlreichen mongolischen Stämme im 12. Jh. unter Dschingis Khan in einem Großreich vereinigt worden waren, entstand bei ihnen ein Schrifttum, für das seit dem Beginn des

85 Das ist natürlich für Interessierte, Individuen oder Zusammenschlüsse, kein Hinderungsgrund, um unter bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen aus politischen oder ideologischen Motiven nicht doch bewußte Eingriffe in die Sprachentwicklung vorzuschlagen, zu fordern, zu praktizieren, die dann – wiederum bei spezifischen politischen Konstellationen – auch die Unterstützung staatlicher Stellen erhalten und dann – meist nur inkonsequent – auch realisiert werden können. Es sei nur an puristische Bewegungen erinnert, die eine »Reinigung« der Sprache von fremden Einflüssen anstreben, oder an die sogenannte »feministische Linguistik« mit ihrem *-Innen*, das, da es nicht anders als *-innen* aussprechbar ist und von radikalen Feministinnen auch nicht anders ausgesprochen wird, das männliche Geschlecht nach den Gesetzen der deutschen Grammatik aus der Betrachtung ausschließt.

14. Jh. ein besonderes auf indischen Schriften und deren Weiterentwicklungen durch Uiguren und Tibeter basierendes Alphabet Verwendung fand. Als sich dann in der Mongolischen Volksrepublik die Sprache der Literatur in hohem Maße der Umgangssprache annäherte, wurde ihre Schreibung – sicher nicht ohne Zutun Moskaus – zunehmend auf das kyrillische Alphabet umgestellt, bis dieses 1950 zur alleinigen offiziellen Schrift dekretiert wurde.

Die hier vorgeschlagene Reformierung der deutschen Orthographie würde im Vergleich mit solch einschneidenden Umbrüchen eine relativ bescheidene Veränderung bedeuten, durch die sich wenige Jahre nach der Einführung kaum noch jemand ernsthaft beeinträchtigt fühlen könnte.

Solche Vorgänge sind im übrigen keineswegs auf nationale Bewegungen der Neuzeit beschränkt. So erfand der griechische Geistliche und Universalgelehrte Konstantin – als Mönch nannte er sich später Kyrill –, der den slawischen Dialekt der Umgebung seiner Geburtsstadt Saloniki seit seiner Kindheit beherrschte, ein besonderes, zwar nicht leicht zu schreibendes, aber an die Struktur des Slawischen hervorragend angepaßtes Alphabet. Er tat dies im Zusammenhang mit einem ihm und seinem Bruder Method, einem hohen byzantinischen Beamten, im Jahre 863 erteilten kaiserlichen Auftrag, den muttersprachlichen Gottesdienst im Großmährischen Reich zu organisieren, wofür die Übersetzung der Bibel und liturgischer Schriften in eine bis dahin schriftlose Sprache erforderlich wurde. Dieses Alphabet, die sogenannte Glagoliza, wurde während der byzantinischen Mission in Mähren verwendet, bis die Schüler der Slawenapostel nach deren Tod auf Betreiben des bayrischen Klerus nach Bulgarien auswandern mußten. Dort war es teilweise bis zum 12. Jh. im Gebrauch. Die katholischen Kroaten benutzten eine Variante dieses Alphabets neben der Lateinschrift teilweise noch viel länger, auf der Insel Krk sogar bis ins 20. Jh. In Bulgarien dagegen wurde sie seit dem 10. Jh. allmählich durch die sogenannte kyrillische Schrift ersetzt, die hinsichtlich der Form der Buchstaben auf der leichter zu schreibenden griechischen basierte, hinsichtlich ihrer Struktur aber maßgeblich von der Glagoliza beeinflusst war und irrtümlich dem Slawenapostel Kyrill zugeschrieben wurde. Wie diese Ersetzung vor sich ging, ist im einzelnen nicht bekannt. Eine hervorragende Rolle soll Kyrilles und Methods 916 gestorbener Schüler Kliment dabei gespielt haben, den der bulgarische Zar Boris I. 893 als Bischof von Ochrid einsetzte. Noch im 10. Jh. fand die Kyrilliza auch bei Russen und Serben und wenig später, zusammen mit dem Kirchenslawischen als offizieller Sprache, auch bei den orthodoxen Rumänen Verbreitung. Heute ist sie die Schrift der traditionell orthodoxen slawischen Völker, also der Russen, Belorussen, Ukrainer, Bulgaren, Serben und Makedonier.

Auch bei Armeniern, Georgiern und Goten erfanden bei deren von Byzanz ausgehender Christianisierung einzelne Gelehrte bereits im 4.-5. Jh. für die beabsichtigten Bibelübersetzungen von vornherein besondere Schriften. Diese basierten entweder – wie das gotische, abgesehen von sechs aus dem lateinischen und zwei aus dem Runenalphabet entlehnten Buchstaben – direkt auf dem

86 In der hier vorgeschlagenen Orthographie würde dieser *ausblik* folgendes Aussehen annehmen:

*ausblik*  
 dēr doičen šprāxgemeinšaft  
 vār ain zolxer glyksfal laider  
 nixt bēiden. aux in dēr noi-  
 cait unternōmene refōrmfer-  
 zūxe vī dēr konrād dūdens  
 zind im anzac gešaitert. das  
 forloifige ergēbnis dizer zix  
 yber jārhunderte hincienden  
 mizēre ist di oifemistiš  
 “rextšraibrefōrmdebāte” ge-  
 nante trāgikomōdie, di zix  
 zait ainem jār in der brd und  
 abgešvext aux in dēn doič-  
 šprāxigen naxbarlendern  
 abšpilt. enden vird dize,  
 naxdēm šōn dēr kancler  
 hōxstzēlbt gešprēxe for-  
 šlūg und aux her ailman als  
 forzicender des bundes-  
 fagsrextsausšuses am 28.  
 zeptēember in der cdf-zen-  
 durj “bon dirēkt” ainlēt ken  
 zitj nālizirte, aler forauszixt  
 nāx mit ainem oberfaulen

kompromis, dēr dan, vī šōn zo manxe andere ünzoziale māsnāme, dēn mērhaitlix vīderštrēbenden betrōfenen administrātif oder gār lēgislātif ūbergeštylpt vird. dan vēre fyr ainige cait erst ainmāl rūe und fon der nōtven-dixkait ainer refōrm der fō-zintflutlixen doičen ortografī fyr lējere cait kaine rēde mēr.

vī āber zol es in der kukunft vaitergēen?

ix maxe mīr kainerlai iluziōnen darýber, das maine radikālen fōršlēge fon "ekspē-ten" und polītikern ūberhāupt cur kentnis, gešvaige den ernst genomen verden. aux nixt fon ainer braiteren øfentlixkait. zōvāit zī dox cur kentnis genōmen verden zolten, hōre ix šōn den aufšrai der empøruŋ ob dīzes sakrilēgs, der "šendurj des in ūber ainem jārtāuzent gevaksenen nacionālen hailixtums" der doičen ortografī bcv. zēe ix daš grinzen ob dīzer "utōpišen špinerāi". nixt tōlix auscušlīs ist aux, das lēzer dī hīr angēstalten ūberlēgurjen als zatīre misferštēen kōnten. den mitler-vāile haben zix jā bekantlix karikatūr und zatīre des temas bemextixt. und das mit gūtem grunde. aux zeriōzitet fyr zix beanspruxende gešprēxsrunden vī "tok im turm" oder "preseklub" gerāten jā ūnvilkýrlix cur kabaretnumer, zōbāld in īnen dī angēblix drōende katastrōfe aux nur aines aufšūbs der "šprāxrefōrm" bešvōren vird oder āber dī fyr dī nā-ción gerādecu tōdlixen gefāren īrer baldigen realizīruŋ an dī vand gemālt verden.

griechischen Alphabet oder waren zumindest in verschiedener Hinsicht von ihm beeinflusst. Alle drei waren genial konstruiert und an die Struktur der Sprachen, für die sie geschaffen wurden, hervorragend angepaßt.

Natürlich erforderte die Sprachentwicklung auch bei solchen Orthographien von Zeit zu Zeit bestimmte Korrekturen. Ihre Grundlagen jedoch konnten erhalten bleiben.

#### *Ausblick*<sup>86</sup>

Der deutschen Sprachgemeinschaft war ein solcher Glücksfall leider nicht beschieden. Auch in der Neuzeit unternommene Reformversuche wie der Konrad Dudens sind im Ansatz gescheitert. Das vorläufige Ergebnis dieser sich über Jahrhunderte hinziehenden Misere ist die euphemistisch »Rechtschreibreformdebatte« genannte Tragikomödie, die sich seit einem Jahr in der BRD und abgeschwächt auch in den deutschsprachigen Nachbarländern abspielt. Enden wird diese, nachdem schon der Kanzler höchstselbst Gespräche vorschlug und auch Herr Eylmann als Vorsitzender des Bundestagsrechtsausschusses am 28. September in der ZdF-Sendung »Bonn direkt« Einlenken signalisierte, aller Voraussicht nach mit einem oberfaulen Kompromiß, der dann, wie schon so manche andere unsoziale Maßnahme, den mehrheitlich widerstrebenden Betroffenen administrativ oder gar legislativ übergestülpt wird. Dann wäre für einige Zeit erst einmal Ruhe und von der Notwendigkeit einer Reform der vorsintflutlichen deutschen Orthographie für längere Zeit keine Rede mehr.

Wie aber soll es in der Zukunft weitergehen?

Ich mache mir keinerlei Illusionen darüber, daß meine radikalen Vorschläge von »Experten« und Politikern überhaupt zur Kenntnis, geschweige denn ernst genommen werden. Auch nicht von einer breiteren Öffentlichkeit. Soweit sie doch zur Kenntnis genommen werden sollten, höre ich schon den Aufschrei der Empörung ob dieses Sakrilegs, der »Schändung des in über einem Jahrtausend gewachsenen nationalen Heiligtums« der deutschen Orthographie bzw. sehe ich das Grinsen ob dieser »utopischen Spinnerei«. Nicht völlig auszuschließen ist auch, daß Leser die hier angestellten Überlegungen als Satire mißverstehen könnten. Denn mittlerweile haben sich ja bekanntlich auch Karikatur und Satire des Themas bemächtigt. Und das mit gutem Grunde. Auch Seriosität für sich beanspruchende Gesprächsrunden wie »Talk im Turm« oder »Presseclub« geraten ja unwillkürlich zur Kabarettnummer, sobald in ihnen die angeblich drohende Katastrophe auch nur eines Aufschubs der »Sprachreform« beschworen wird oder aber die für die »Nation« geradezu tödlichen Gefahren ihrer baldigen Realisierung an die Wand gemalt werden.

Mein Plädoyer ist aber durchaus ernst gemeint, auch wenn ich mir nicht einbilde, ich könnte die Verwirklichung meiner »utopischen« Vorschläge noch selbst erleben.